

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 83.

Donnerstag, den 10. April 1913.

20. Jahrg.

Der Rüstungswahn nun tobt!

Ganz Deutschland soll in eine große Kaserne verwandelt werden!

Geradezu wahnsinnige Opfer an Gut und Menschen werden dem deutschen Volke zugemutet.

Das kann sich das Volk nicht ruhig gefallen lassen! In einer öffentlichen Versammlung, die am Sonnabend im Gewerkschaftshaus stattfindet, steht die neue Militär- und Steuervorlage auf der Tagesordnung.

An dieser Volksversammlung teilzunehmen, ist jedermanns Pflicht!

Die Agitation für die Wehrevorlage.

Die Rüstungsheker und ihr Anhang entfalten eine fieberhafte Tätigkeit, um Kundgebungen für die neue Militärvorlage zustande zu bringen. Der Wehrverein, diese neue „Deutsche Vereinigung“, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und andere Gebilde, die aus dem Sumpf des blödesten Chauvinismus aufgestiegen sind, zeigen sich eifrig an der Arbeit. Der Verein deutscher nationaler Arbeiter, die Organisation der „Gelben“, darf bei dieser anmutigen Arbeit nicht fehlen. Die Redner in diesen Versammlungen sind meist abgehalfterte Offiziere, vom Leutnant a. D. bis zum einstigen General hinaus.

Daß an solchen Offizieren kein Mangel ist, dafür sorgt die große Säge, die bei der Armee unausgesetzt im Betrieb gehalten wird. Die inaktiven Offiziere begrüßen natürlich die Gelegenheit, ihre Pension durch einen Nebenverdienst zu ergänzen, mit großer Freude. Es ist nicht jedermanns Sache, der daran gewöhnt ist, Rekruten zu drillen, seinen Lebensunterhalt jetzt durch den Verkauf von Zigarren, Kognak, Wein, oder durch den Abschluß von Versicherungen zu verdienen. Die Pension bei den unteren Chargen ist aber so bemessen, daß die Leute davon mindestens nicht standesgemäß leben können. Es ist auch gar nicht zu verkennen, daß es auf unklare Bevölkerungsschichten einen gewissen Eindruck macht, wenn sich ein früherer Hauptmann oder Rittmeister hinstellt, um über militärische Fragen zu reden. Man setzt eben vielfach voraus, daß solche Herren über hervorragende militärische Kenntnisse verfügen. Der Kenner der Verhältnisse allerdings weiß, daß es damit in der Regel nicht sonderlich gut bestellt ist, denn der Dienst auf dem Kasernenhof wirkt mindestens nicht fortbildend. Selbst der frühere kommandierende General Freiherr v. Bissing ist in die Arena getreten, um in einer Versammlung in Essen die Notwendigkeit der neuen Militärvorlage zu beweisen. Dieser General ist seiner Zeit dadurch bekannt geworden, daß ein von ihm erlassener Armeebefehl veröffentlicht wurde, in welchem er anordnete, im Falle einer Mobilmachung sämtliche sozialdemokratischen Redakteure fu rzerhand zu verhaften und insbesondere nicht etwa vor der versammlungsmäßig gewährleisteten Immunität sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter Halt zu machen. In diese Armeebefehl war auch eine bis ins einzelne ausgearbeitete Anordnung über das Vorgehen des Militärs bei Straßenkämpfen enthalten. Ueber dieses Thema wird der General allerdings kaum Vorträge zu halten geneigt sein, denn es war der Heeresverwaltung außerordentlich unangenehm, daß dieser Armeebefehl seiner Zeit in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist.

Der Wehrverein wiederum versucht es mit einer Broschüre, die in Massen unter die Bevölkerung geworfen wurde, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Nur eine kleine Probe sei aus dem ungeheuren Wust von Unwahrheiten herausgegriffen. Es wird nämlich behauptet, daß auch die Arbeiter die Wehrevorlage mit Freuden begrüßen müßten, den durch die Mehreinstellung von 63 000 Mann jährlich werde der Arbeitsmarkt entlastet. Die Mäher dieser Schrift — und der Generalmajor

Reim scheint ihnen nicht ganz fernzustehen — wissen natürlich ganz genau, daß wir in Deutschland keinen Ueberfluß, sondern einen Mangel an Arbeitskräften haben, der sich besonders darin zeigt, daß wir jährlich etwa eine Million Arbeiter aus dem Auslande einführen müssen. Für jeden aufgefürten Arbeiter ist natürlich ohne weiteres klar, daß die Einfuhr ausländischer Arbeiter steigen muß, wenn eine größere Anzahl inländischer Arbeiter durch die Einziehung in die Kasernen-wirtschaftlich lahm gelegt wird. Ausländische Arbeiter holt man aber nicht aus kulturell hochstehenden, sondern aus rückständigen Gegenden, um sie gleichzeitig als Lohnbrücker verwenden zu können. Der Wehrverein sagt natürlich auch kein Wort davon, daß diese 63 000 Mann, die dem Wirtschaftsleben jedes Jahr mehr entzogen werden, auf Kosten der Steuerzahler unterhalten werden müssen. Das ist so die Methode, mit der man versucht, im Lande draußen Stimmung zu machen. Für uns ergibt sich daraus die Notwendigkeit, mit aller Macht gegen den Rüstungswahn zu agitieren.

Der Abschluß.

Der dritte und letzte Tag der allgemeinen Militärdebatte brachte der Regierung und den Verteidigern der Vorlage im Hause, namentlich aber dem Zentrum eine äußerst empfindliche Niederlage. Das waren für die Herren am Bundesratsstisch und für die Mitte des Hauses höchst unangenehme und peinliche Stunden, und man kann mit gutem Grund annehmen, daß ihre Wirkung sich im Volke noch weiter fortsetzen wird. Schon die Rede unseres Genossen Frank stellte noch einmal mit aller Klarheit die Schwäche der Position fest, in der sich die Vorlage mit ihrer jammervollen Begründung befindet. Und sie gab dem Zentrum eine Vorahnung der Schwierigkeiten, in die es durch präzise und scharfe Anträge gebracht werden wird. Die Verlegenheit der allzu diplomatischen Partei steigerte sich noch, als ihr eigener Militärfachverständiger General z. D. Häußler mit einer Fülle unwiderleglichen Materials seine schweren Bedenken gegen die Vorlage zum Ausdruck brachte. In dem ausregenden Zwischenfall, den am Schluß der Debatte der bayrische Militärbevollmächtigte hervorrief, äußerte sich vollends das Debacel der Regierung und des Zentrums.

Der Tag hatte fast friedlich begonnen. Herr Dr. D o r m a n n sprach — wie sein Vorgänger Dr. Müller-Meinigen — mit manchen guten Einzelheiten gegen den Entwurf, dessen Annahme er doch in Aussicht stellt. Der elsässische Zentrümmler Dr. Ha e g y wandte sich im Namen des Friedensbedürfnisses der elsaß-lothringischen Bevölkerung gegen die Heeresvermehrung, und der Antisemit W e r n e r - H e r s f e l d machte einige belanglose Ausführungen, denen er auch nicht dadurch Bedeutung verschaffen konnte, daß er diesmal zur Feier des Tages von der Tribüne aus sprach.

Dann kam Genosse Dr. Frank zu Wort. Das Haus füllte sich wieder und folgte mit größter Aufmerksamkeit seinen Darlegungen, aus denen eine überlegene und geistvolle Beurteilung der internationalen Situation

und der Stellung der Parteien sprach. Frank wies noch einmal die absolute Leere der Begründung nach, wie sie dem Entwurf beigegeben und in den mündlichen Erklärungen des Reichskanzlers und des Kriegsministers — nicht ergänzt worden ist. Seine Unterjodung der Zentrums politik und der Stellung der großen Partei zu der Vorlage war von einer so überzeugenden Schärfe, daß selbst dem Herrn Erzberger die Lust verging, seine übliche Heiterkeit zu markieren. Genosse Frank formulierte unsere programmatische Forderung, daß der freiheitliche Ausbau der Verfassung und des Heeres nicht irgend ein Geschenk darstellen darf, sondern in Wirklichkeit der wichtigste Teil einer volkstümlichen Gestaltung des Heerwesens ist, und er stellte in diesem Zusammenhang gerade dem Zentrum, das seine Zustimmung zu dem Entwurf durch gelegentliche Reformforderungen hatte verdecken wollen, bestimmte Anträge in Aussicht, die auf allen Gebieten der Heeresverfassung ihm die praktische Betätigung seiner sehr theoretischen Wünsche gestatten werden. Seine Gegnerschaft gegen das Duell, seine Abneigung gegen die Privilegien der Mitglieder regierender Häuser, seine Kritik des Einjährig-Freiwilligen-Instituts, seine Proklamierung der bürgerlichen Rechte der Reserveoffiziere — all diese Wünsche sollen sich ausleben und in die Wirklichkeit umsetzen können! Unser Redner schloß mit der Aufforderung, die Rüstungsverständigung mit Frankreich tatkräftig einzuleiten, zunächst durch die Teilnahme der deutschen Volksvertreter an der interparlamentarischen Konferenz, die demnächst in Bern stattfinden soll, und er nahm für unsere Partei in Anspruch, die künftige große europäische Kulturgemeinschaft vorbereitet zu haben.

Das Zentrum hatte es in diesem Jahre nicht verhindern können, daß General Häußler zu Worte kam. Man erzählte sich in den Wandelgängen des Reichstags, daß eine Reihe bayrischer Zentrumsmitglieder bei der Fraktion ausdrücklich verlangt hatte, daß ihr Kollege — im Gegensatz zum vorigen Jahre — nicht kaltgestellt werden dürfe. Der frühere General der Artillerie entwickelte Anschauungen, die natürlich nicht bei der Rechten, am allerwenigsten aber beim Zentrum Beifallskundgebungen hervorriefen. Seine Kritik der gegenwärtigen Heeresarrangements, die sich fast auf alle Gebiete ausdehnte und durch die Wucht des großen Materials wie durch die Persönlichkeit des Redners noch verstärkt wurde, fand bei den Fortschrittlern und vor allem bei den Sozialdemokraten stürmische Zustimmung. Den General für die feindselige Haltung der konservativen Verbündeten nicht sehr. Er erklärte ihnen vielmehr in einer energischen Antwort auf irgend einen Zuruf, daß er auf ihren Beifall gern verzichte. Herr Häußler fand aber nicht nur in seiner kritischen Beleuchtung der gegenwärtigen Einrichtungen unseren Beifall, auch seine Forderungen einer Verkürzung der Dienstzeit und einer Beseitigung aller Ungleichheiten wurden durch die Zustimmung der Linken unterstützt. Der Kriegsminister v. He e r r i g e n und der bayrische Militärbevollmächtigte stellten sich so, als wollten sie antworten. Aber ihre Erwidrerungen waren nicht nur rhetorisch von einer kläglichen Schwäche, sie boten auch gegenüber der Sachkunde und dem durch Tatsachen und Einzelheiten dokumentierten Darlegungen des Kritikers

lediglich leere Redensarten. Die Herren scheinen zu glauben, daß, wenn sie mit erhobener Stimme einige Kriegervereinsprüche hertragen, daß dann alles gut gemacht ist. Dieser Eindruck von der absoluten Unzulänglichkeit der Regierung kehrte in verstärktem Maße wieder, als nach einer nicht eben sehr vieltragenden und außerordentlich kurzen Erwiderung des Reichskanzlers auf einige Redner und nach einer liebenswürdigen persönlichen Bemerkung des Generals Hänfler der bairische Militärbevollmächtigte, General Wenninger, das Unatliche hatte, eine unerhört deplacirte Bemerkung über die Zustimmung der Sozialdemokraten zu der Rede des Generals Hänfler zu machen. Er brachte in der Tat das ganze Haus gegen sich auf und die Genossen Ledebour und Dr. Frank lauden fast auf allen Seiten die lebhafteste Zustimmung, als sie gegen eine derartige Arroganz protestierten. Die Regierung hat wirklich gar zu schlecht bei diesem Abidung der großen Militärdebatte abgeduldet, sachlich bei der Verteidigung ihrer Vorlage und gegen die Kritik der Opposition, aber auch persönlich in der trostlosen Erscheinung, die ihre Redner boten. Die wohlwollendsten Beurtheiler hielten dem Kriegsmilitär und namentlich den bairischen Militärbevollmächtigten ihre Harmlosigkeit anzure. Eine Regierung sollte jedoch nicht möglich sein, die als mildernden Umstand nur das Mitleid aufzuführen kann, das sie erweckt.

Heute morgen beginnt die allgemeine Erörterung der Deckungsvorlage durch die Parteien, nachdem sie gestern in später Abendstunde noch durch den Vortrag des Reichsfinanzsekretärs eingeleitet worden ist. Als erster Redner spricht Genosse Dr. Südekum.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das preussische Abgeordnetenhaus

begann am Mittwoch nach Erledigung des Kapitels „Höheres Mädchenschulwesen“ die Beratung des Kapitels „Elementarunterrichtswesen“ vom Kultusetat. Wie alljährlich, eröffnen die Vertreter der konservativ-merikalen Mehrheit den Reigen, um in allen Tonarten ihre Forderung der völligen Auslieferung der Schule an die Kirche zu begründen. Insbesondere der Zentrumsabgeordnete Heß klagte wehmütig darüber, daß die Kirche heute in der Schule so gut wie nichts mehr zu sagen habe. Er bekannte sich zu dem Grundsatze, daß die Erziehung für das Jenseits höher stehe, als die für irdische Zwecke, und weiserte gegen die liberale Weltanschauung, die schließlich zum Unglauben führen müsse. Auf einen ähnlichen Ton war die Rede des Abg. Heskeroth (N.) gestimmt, während im Gegentrag dazu der liberale Dr. v. Campe den Übertritt des schwarzblassen Blacks entgegensetzte, ohne jedoch die völlige Loslösung der Schule von der Kirche zu fordern. Die Debatte, die sich im übrigen in Einzelheiten verlor, wird am Donnerstag fortgesetzt. Es wird hauptsächlich die zweite Lesung des Etats mit Hilfe von Dauerhaltungen bis Sonnabend zu Ende zu führen. In der nächsten Woche soll dann der Etat in dritter Lesung beraten werden.

Auch ein Vorschlag.

Mag Maurenbrecher macht im „Freien Wort“ den Voranschlag, die Heeresvermehrung auszunutzen zur Erweiterung der Volkswirtschaft in Preußen. Der Artikel, den er seiner Idee widmet, trägt die Überschrift: „Die große Stunde der Linken“. Zu Eingang des Artikels erklärt er: „Die sachliche Begründung des großen Opfers ist so gut wie nur möglich.“ Das internationale Gleichgewicht habe sich derartig verschoben, daß „etwas Unerhörtes geschehen muß, um die Verluste wieder auszugleichen. ... Solange wir die internationale politische Weltorganisation nicht haben, die wir eritreben, solange ist gegen die sachliche Begründung dieser pflöchtigen Forderung nichts zu erwidern.“ Maurenbrecher ist nun der Meinung, daß die Regierung die „sachlich gut begründete Forderung gleichzeitig dazu benutzen will, parteipolitische Geschäfte im Sinne der Rechten oder der Bureaucratie zu machen.“ Demgegenüber meint er, eine klug, einheitlich und energisch geleitete Linke könne nichts anderes tun, als gerade diese Frage benutzen, um daraus ein für alle Male die Herrschaft der Rechten zu brechen und die dauernde Führung der Linken im Staatsleben herbeizuführen:

„Praktisch gesprochen, es müßte im Reichstage und bei einer entsprechenden Anfügung auch bei den Neuwahlen ein Bund der Linken sich bilden, der sagt: Wir erklären uns bereit, die Militärvermehrung (Erhöhung in technischen Einzelheiten vorzubehalten) zu bewilligen; aber nur unter einer Bedingung: es müssen nicht nur die Kosten dieser einer Heeresvermehrung nötigen auf die Schultern der großen Einkommen und Vermögen gelegt werden; es muß auch im Einzelnen im ganzen ein kräftiger Ruck nach links durchgesetzt werden. Es muß das Reichstagswahlrecht für Preußen mindestens aber die direkte und geheime Wahl und die Gemeinwahl der Wählerkreise in Preußen von der Regierung als Geschenk bewilligt werden. Und zwar muß dieses wertvolle Wahlrecht vorher unter Dach gebracht sein, ehe wir im Reichstag die dritte Lesung der Deckungsvorlage und ihrer Deckung erledigen.“

Maurenbrecher nimmt an, daß die Militärvermehrung unter solchen Umständen im Reichstage zunächst fallen werde, daß der Reichstag einigelt, aber eine Mehrheit wiederhergestellt werde, der „gegenüber weder Bismarck-Hollweg noch Wilhelm II. den nötigen Kredit einbringen können, um es zum zweiten Male zu einer Zustimmung kommen zu lassen.“ Prinzipielle Strazen machen ihnen kein Kopfschmerzen. Denn Friedrich Engels, Auer, Vollgang Hase und Sebel hätten sich auf den Standpunkt gestellt, daß das sozialdemokratische Parteiprogramm nicht grundsätzlich jede Vermehrung der Landesverteidigung ausschließe. Dagegen kommen ihm Zweifel, ob die Nationalliberalen zuzustimmen würden: „Schwieriger ist es die andere Voraussetzung, ob die Nationalliberalen diese Fähigkeit im Abnehmen haben können, wie die Sozialdemokraten sie im Annehmen haben könnten. Ob alle Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion in diesem Sinne überhaupt zur Linken zu zählen sind, ob sie wirklich den Ruck nach links in der gesamten Partei noch selbst erwidern können, das ist eine Frage, über die nur der Versuch entscheiden könnte.“

Ebenso entschieden wie die Sozialdemokraten den Voranschlag Maurenbrechers ablehnen, ebenso kräftig wird er vermutlich von den Nationalliberalen ob seiner Naivität ausgelacht werden.

Staatlich sanktionierter Bettel für die Hinterbliebenen der untergegangenen Matrosen von „S 178“.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht im politischen Teil folgende Mitteilung:

Die Hinterbliebenen der mit dem Torpedoboot „S 178“ untergegangenen Marineangehörigen erhalten Versorgungsbeträge in Höhe der Löhne der Kriegsvorgänger. Ihnen darüber hinaus mit freiwillig dargebrachten Liebesgaben beizufügen, ist der Wunsch vieler. In der Erkenntnis dessen, daß die gefällig zu gewährenden Gelder für eine Reihe von Fällen nicht ausreichen, sind bereits mehrere Sammlungen an verschiedenen Stellen eingeleitet worden. Unterbleibt eine Zusammenfassung der Erträge dieser Sammlungen an einer Stelle, so tritt die Gefahr der Zersplitterung ein, die es mit sich bringt, daß einzelne Familien aus verschiedenen Sammlungen unverhältnismäßig viel, andere Unterstützungsbefürderte zu wenig oder gar nichts erhalten.

In Ausführung dieser Sachlage ist das Reichsmarineamt gern bereit, die einzelnen Summen anzunehmen und unter Berücksichtigung aller Wünsche der Empfänger zu verteilen. Die Verwaltung und Verwendung dieses Geldes wird durch die Reichs- und Versorgungsangelegenheiten gesehen, die auch zu jeder Auskünfteerteilung bereit ist. Es muß dringend angeraten werden, daß alle gesammelten Beträge an die Bureaukasse des Reichsmarineamts, Berlin W. 9, Leipziger Platz 13, abgeführt werden, wo ihre vorläufige Verwaltung getrennt von fiskalischen Fonds erfolgen wird. Bei Gelegenheit früherer Unfälle ist wiederholt zum Schaden der Sache eine Verzettelung der Gaben eingetreten, die jetzt vermieden werden soll. Die soziale Erfahrung, über welche die Zentralstelle des Unterstützungswesens der kaiserlichen Marine verfügt, sichert eine sachgemäße Verwendung dieser Liebesgaben des deutschen Volkes.

In der Zeit der Milliardenforderung für Heeresvermehrung ist dieser staatlich sanktionierte Bettel für die armen Hinterbliebenen untergegangener Matrosen ein Denkmal der Schande.

Offiziersübergriße und Soldatenmißhandlungen vor der Reichstags-Kommission.

Bei der allgemeinen Debatte über den Militärrelat wurde am Dienstag in der Budgetkommission des Reichstags der bekannte Fall des Rohnitzer Bezirksoffiziers v. Kammler lebhaft erörtert. In einem aus politischen Vorgängen entstandenen Prozeß wurde diesem Offizier durch Gerichtsurteil nachge sagt, daß er wiederholt die Unwahrheit gesagt habe, auch dem zuständigen Bezirkskommandeur wurde ähnliches attestiert. v. Kammler hat Mannschaften bei Kontrollversammlungen in größter Weise beschimpft und harte Strafen verhängt. Medizinische Sachverständige erklärten diesen Offizier für einen „hörsichtigen Geisteskranken“. — Abg. Erzberger fragte an, wie es komme, daß ein solcher Mann noch auf dem Posten eines Bezirksoffiziers gelassen wird. Der Kriegsminister antwortete, v. Kammler sei derweil beurlaubt worden, aber ein Grund zum Einschreiten liege nicht vor, denn das gerichtliche Verfahren sei nicht abgeschlossen. Alle Vorgefekten seien mit v. Kammler sehr zufrieden, zu Beschwerden habe er keinen Anlaß bisher gegeben. — Genosse Koske führte aus, daß die Erklärung des Kriegsministers in der Öffentlichkeit den peinlichsten Eindruck erwecken müsse. Ein Offizier, der die wehrlosen Mannschaften in der unqualifiziertesten Weise beschimpft, gehöre von seinem Posten entfernt zu werden, zumal wenn gegen ihn ein solch vernichtendes Gerichtsurteil vorliegt. — Der Kriegsminister bestritt, daß v. Kammler die Mannschaften in der angegebenen Weise behandelt habe. Leider habe er von den bürgerlichen Gerichten die Akten nicht erhalten können. — Abg. Brabantt kennt v. Kammler persönlich, der infolge eines Sturzes sehr leicht reizbar sei und mit größter Vorsicht behandelt werden müsse. — Von mehreren Rednern wurde ebenfalls gefordert, solche Leute zu pensionieren, aber sie nicht auf die Mannschaften des Beurlaubtenstandes loszulassen. — Der Kriegsminister gab zu, daß der Posten der Bezirksoffiziere dazu diene, Offiziere, die seibdienstunfähig geworden sind, vor frühzeitiger Pensionierung zu schützen.

Die Genossen Schöpflin und Lensch brachten das Verhalten so vieler Offiziere bei Kontrollversammlungen zur Sprache und forderten, daß Remedur gegen Hebergriße dieser Herren geschaffen wird. Genosse Lensch kritisierte auch den Fall des Flügeladjutanten v. Sonden; der Kriegsminister gab den Ausdruck „Schweinerei“ preis, verteidigte aber im übrigen auch diesen Offizier. Von Vertretern bürgerlicher Parteien wurde betont, daß bei Kontrollversammlungen im allgemeinen die Mannschaften doch besser behandelt werden, als wie die Sozialdemokraten es darstellten.

Abg. Erzberger brachte Soldatenmißhandlungen zur Sprache, woran sich eine lebhatte Aussprache knüpfte, in der Genosse Schöpflin betonte, daß sehr wohl die Mißhandlungen auf ein Minimum beschränkt werden könnten, wenn die Offiziere für Mißhandlungen bei den ihnen unterstellten Truppenteilen verantwortlich gemacht würden. — Der Kriegsminister verurteilte ebenfalls die Soldatenmißhandlungen, die ohne Zweifel für das Heer sehr schädlich seien. — Abg. Semler brachte die Ohrenschmerz des bayerischen Obersten Hennisch zur Sprache, der auf der Strafe einen Redakteur ohrteigte und der deshalb zu 80 Mark verurteilt worden ist, aber jetzt eine Brigade erhalten hat. — Der bayerische Militärbevollmächtigte erklärte, über die Beförderung lehne er jede Antwort ab, sie sei Sache der Kommandogewalt des Königs von Bayern und entzöhe sich der Kompetenz des Reichstages. — An diese Erklärung schloß sich eine längere Debatte über ihre Berechtigung an, worin Genosse Ledebour betonte, der Reichstag dürfe sich das Recht nicht nehmen lassen, auch Vorworte bei der bayerischen Armee nach Gutdünken zu besprechen.

Frankreich.

Gegen die dreijährige Dienstzeit. Wie in Deutschland veranstalten auch in Frankreich die Sozialisten im ganzen Land Demonstrationen gegen die Anfügung. Während die Radikalen die er Aktion gegen

die dreijährige Dienstzeit fast teilnahmslos zusehen und sich nicht klar zu äußern wagen, hat die offene Reaktion die Leistung des Kampfs für die dreijährige Dienstzeit in die Hand genommen. Im „Echo de Paris“ hat der bekannte christlich-soziale Graf de Mun, der mit dem „Temps“-Redakteur Tardieu einer der Hauptstützen der Agitatoren ist, und dessen republikanische Gesinnung durch engste Verbindungen mit den monarchistischen Elementen praktisch außerordentlich „gemäßigt“ wird, feierlich angekündigt, daß sein Blatt ein Plakat hergestellt habe, auf dem die dreijährige Dienstzeit entschieden gefordert wird und das in ganz Frankreich zum Umschlag gebracht werden soll. Öffentliche Versammlungen, wie die Sozialisten, einzuberufen, um darin für die dreijährige Dienstzeit einzutreten, das wagen die patriotischen Herren nicht. Sie begnügen sich, auf eigene Faust in der ihm zur Verfügung stehenden Presse täglich zu wiederholen, daß das französische Volk bereit sei, alle neuen Lasten zu tragen. Die von den Sozialisten veranstalteten Protestversammlungen scheinen sie entweder tot oder wenn ein halbes Duzend bezahlter Chauvinisten in irgend einer Versammlung zwei Minuten lang gepiffen, bis sie hinausbejodert waren, so polaut die nationalitätliche Presse das als Sieg der Idee der dreijährigen Dienstzeit aus, selbst wenn Tausende eine Resolution dagegen angenommen haben. Nun gibt es aber Volksurteile, die sich nicht umdrehen lassen, wo gelibt man auch im Verdrehen sein mag. Ein solches Urteil haben die Wähler des 13. Pariser Wahlbezirks am letzten Sonntag gefällt. In diesem Bezirk war bei den allgemeinen Gemeindevorwahlen im Mai 1912 der radikale Cornette mit wenigen Stimmen gegen den früheren sozialistischen Gemeinderat Dr. Navarre gewählt worden. Unsere Genossen suchten die Wahl an und der Staatsrat hat sie ihrem Wunsch gemäß für ungültig erklärt. Der diesmalige Kampf stand völlig im Zeichen der Rüstungsdebatten. Navarre hat sich in allen Versammlungen in der energischsten Weise gegen den Militarismus und gegen die dreijährige Dienstzeit ausgesprochen; der radikale Kandidat wagte es nicht, offen dafür einzutreten, aber da er die nationalitätlichen Stimmen brauchte, gab er zweideutige Erklärungen ab, die von den einen wie den anderen ausgebeutet werden konnten. Genügt hat es ihm nichts. Im ersten Wahlgang ist Navarre am Sonntag mit 700 Stimmen Mehrheit durchgekommen. Das Resultat wurde von den sozialistischen Wählern stürmisch begrüßt; sie veranstalteten einen Treudenunzug im 13. Bezirk, ohne daß sich einer der nationalen Felden auch nur zu rühren wagte. Unter den gegenwärtigen Umständen bedeutete der Sieg Navarres eine schwere Niederlage der Rüstungsfreunde. Deutschland mag er zeigen, wie in Wirklichkeit die Masse des französischen Volkes gemint ist.

Balkan.

Um Skutari herrscht Ruhe. Wie es heißt, schweben Verhandlungen nach der Richtung hin, daß Montenegro seine Ansprüche auf Skutari gegen finanzielle Kompensationen in Form einer Anleihe aufgibt. Der König der Hammeldiebe soll nicht abgeneigt sein, diesem Angebot zuzustimmen. Ihr Geld kann man auch bei ihm aufscheiend alles haben.

Das Österreichische Bureau erzählt, daß die Note, welche die Mächte den Balkanstaaten in Erwiderung ihrer Vorschläge für die Grundlagen der Vermittlung überreichen werden, und deren einzelne Punkte in der Sitzung der Vorkonferenzvereinbarung festgelegt worden sind, folgenden Inhalt haben wird:

1. Die Mächte sind einverstanden, die gerade Linie Enos-Midia als Grundlage für die Verhandlungen über die neue türkisch-bulgarische Grenze anzunehmen.
2. Die Entscheidung über das Schicksal der Regäischen Inseln, deren Mehrzahl Griechenland zuzufallen soll, bleibt den Mächten überlassen.
3. Die Kriegsentlichädigung wird zusammen mit allen aus dem Kriege hervorgehenden finanziellen Fragen von der Finanzkommission in Paris erörtert werden.
4. Betreffend Albanien wird erklärt, daß die Nord- und Nordostgrenze von den Mächten, die auch über den übrigen Teil der Grenze beraten werden, bereits bestimmt ist.

Schließlich werden die Mächte den Verbündeten empfehlen, die Feindseligkeiten einzustellen.

Marakko.

Schwere Kämpfe in Aussicht. Vom Rif bis Agadir, im spanischen und französischen Teil von Marokko, soll nach einer französischen Meldung durch Botschafter der Heilige Krieg ausgerufen werden. Bis Tetuan im Norden und bis Agadir im Süden sollen sich schon starke, gut bewaffnete Harkas gebildet haben. Trifft diese Meldung zu, so stehen Spanien und Frankreich im Marokko vor neuen Kämpfen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 10. April.

Achtung, deutscher Bauarbeiterverband! Wegen Nichtzahlung des Lohnes für Hilfsarbeiter ist über die Firma Glogner (Wau Hohenberg) die Sperre verhängt. Kein organisierter Kollege darf dortselbst in Arbeit treten.

Der Zweigvereinsvorstand.

Der Bürgerauschuss bewilligte in seiner gestrigen Sitzung 20 Mark zum Ankauf eines Grundstücks in Rüditz zur Verbreiterung der Travemünder Chaussee. Mitgenemigt wurden weiter die Senatsanträge betr. den unentgeltlichen Unerwerb aus dem Grundstück Marienstraße 5 und die Errichtung eines Anlagegesetzes vor dem Bootshaus des Seglervereins „Trave“ bei der ehemaligen Herrenfähre (Kosten 600 Mark, die vom Verein mit 4 % verzinst und mit 6 % getilgt werden sollen). Gutachtlich befürwortet wurde die Vorlage des Senates, welche dem Schulwärter Heimr. Schmidt eine Altersunterstützung von jährlich 950 Mark, abzüglich etwaiger Alters- und Invalidenrente, gewähren will. Bezüglich der vom Senat beantragten Erweiterung der Dampferanlagebrücke in Travemünde nahm der Bürgerauschuss einen Antrag von Herrn. Glöbenburg an, welcher besagt: Der Bürgerauschuss wolle sich gutachtlich dafür erklären, daß der Baudeputation für die sofortige Herstellung einer hölzernen Anlagebrücke im Travemünder Hafen zwischen der Großen Brücke und der Mittelbrücke die Summe von 16000 Mark bewilligt und daß dieser Betrag auf Art. 45 Tit. C Vol. 22 des Vorantrages der Baudeputation für das Rechnungsjahr 1913 eingestellt werde.

Achtung, Seher und Maschinen! Der Kampf der Dampfermaschinen in den Unterwerthen (See- und Lande-, Bremerhaven und Nordenham) dauert fort. Bezug ist nach wie vor strengstens fernzuhalten.

Dem gestrigen Bericht über die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins ist noch nachzutragen, daß Genosin Schömer über die Tätigkeit der weiblichen Mitglieder berichtete, die in besonderen Zusammenkünften sich weiterzubilden suchten und deren eifrige Agitation durch ansehnliche Erfolge gekrönt war. Den Bericht der Kinderbeschaukommission, die in der Hauptstadt aus weiblichen Mitgliedern besteht, gab Genosin Mehrle an. Die Kommission und ihre Mitglieder haben sich keine Mühe verdriessen lassen und eifrig dahin gewirkt, daß sowohl überflüssige, als auch kindermißhandlungen abgestellt wurden. Beide Berichte wurden mit Interesse und Beifall aufgenommen.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im März auf 1248 (1911), die der Besucher auf 1355 (1479). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 156 Personen. Mithin sind im Monat März 1092 (1171) neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1210 (1415), darunter nach auswärts schriftlich 31 (38). Von den Besuchern waren organisiert 625 (792) Personen, und zwar gewerkschaftlich 429, politisch 17, gewerkschaftlich und politisch 179. Unter den verbleibenden 730 Nichtorganisierten befanden sich 245 Angehörige von Organisierten und 31 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 959 (994) männlich, 354 (447) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilten sich die Besucher wie folgt: Arbeiter und deren Angehörige 1196 (1302); selbständige Gewerbetreibende, Beamte u. d. d. d. Angehörige 117 (139); Organisationen 42 (38). In Lübeck Stadt hatten von den Besuchern 1051 (1145) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 104 (118), Oldenburg 94 (113), Mecklenburg 64 (51), Preußen 39 (43), Hamburg 2 (5), Warschau 1. Die Auskünfte verteilten sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 253 (289), Arbeits- und Dienstvertrag 256 (267), bürgerliches Recht 433 (499), Strafrecht 59 (96), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 155 (207), Arbeiterbewegung 13 (8), Privatversicherung 18 (30), Handels- u. Gewerbesachen 6 (11), Verschiedenes 15 (8). Von den Auskünften machten 263 (277) die Anfertigung von 385 (373) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 30 (38) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 256 (245) Postsendungen. Der 27. März zeigte mit 87 (92) die höchste, der 16. März mit 30 (47) die niedrigste Besucherzahl.

b. Gewerbegericht am 9. April. Die Reversunter-
schrift. Wie notwendig es ist, vor Unterzeichnung eines Schriftstückes dieses genau durchzulesen und zu überlegen, zeigte wieder die heutige Verhandlung. Im Cafe Opera war ein Frl. S. gegen 35 Mark Monatsgehalt als Kassiererin tätig. Am 4. Januar hatte sie nach der Darstellung des Inhabers die ausgesprochene Kündigung mit dem ergänzenden Zusatz angenommen, sie wolle lieber gleich gehen, wenn ihr das Gehalt bis zu diesem Tage bezahlt würde. Dann ging sie nach der Rechtsanwaltsstelle und als sie zurückkam, verlangte sie für die Kündigungszeit 16,4 Mark Lohn. Das Geld wurde ihr verweigert, denn sie habe vorher — wie sie jagt nach klüftigem Durchlesen und ohne Ueberlegung — einen Revers unterschrieben, der die ordnungsmäßige Entlassung bestätigte und jeden weiteren Lohnanspruch ausschloß. Die Klägerin dagegen behauptet, sie sei zum sofortigen Verlassen des Hauses aufgefordert worden, auch hätte sie durch nicht rechtzeitiges Ueberreichen des Zeugnisses Schaden gehabt. Ihre Forderung erhöhte sie für Kostgebauwendung auf 68,75 Mk. Dieses Zeugnis hatte der Beklagte seinerzeit sofort nach Hamburg geschickt, sie hätte sich nur danach erkundigen brauchen, so behauptet S., der nachträglich an der Tätigkeit der Kassiererin vieles auszusetzen hatte. Vom Vorsitzenden wird eine kleine Vergleichsentschädigung von 8 Mk. vorgeschlagen, die vom Beklagten sowohl wie dem Vertreter abgelehnt wurde. Letzterer erklärt, er könne diesen Vergleich vor der Klägerin nicht verantworten. Daraufhin wurde die Klage mit 3 Mark Kosten abgewiesen und besonders hervorgehoben, daß Frl. S. den Revers nicht hätte unterschreiben dürfen, wenn sie einen Klagenanspruch erheben wollte. — **Kündigungslose Entlassung.** Nach neunwöchiger Beschäftigung bei dem Weinhändler K. wurde der Kutscher B. entlassen und zwar aus dem Grunde, weil er an Oestern und auch am folgenden Tag nicht zur Arbeit erschienen war. Der Kläger glaubte ein Recht zum Fernbleiben gehabt zu haben, weil bisher mit der Sonntagsarbeit abgewechselt worden sei. Er gab sich einige Tage nachher mit einer Abfindung von 3,50 Mark stillschweigend zufrieden, strengte aber doch Klage beim Gewerbegericht an und forderte wenigstens für eine Woche 24,40 Mark. Um dem nach beschäftigungslosen Kutscher einen kleinen Trost zu verschaffen, ersuchte der Vorsitzende den Beklagten, 4 Mark zu zahlen, womit dieser sich einverstanden erklärte. Es wurde ausdrücklich betont, daß der Kläger durch die widerspruchsfreie Annahme der 3,50 Mk. jeden weiteren Anspruch verwirkt habe. — **Ulle Meißer** sind Gauer. Diese unhöfliche Anschauung hegt der Schmiedegeselle S. im allgemeinen und antwortete auf die Frage seines Travemünder Meisters W., ob auch ihm diese Bezeichnung zukomme, in besonderer: Ja, Sie sind ein großer Gauer. Bei diesem Zwiesgespräch war auch ein dritter Mann anwesend, der sich auf seine frühere Meißertätigkeit berief und daraufhin mit derselben dammen Redensart bedacht wurde. Als der Schmiedemeister seinen Gesellen um Zurücknahme des Schimpfes ersuchte, ballte S. die Fäuste gegen den Meister, schrie mutentbraunt, „so, wir sind fertig miteinander“ und legte den Schmiedehammer vor den Amboß. Darauf ging er hin und verflagte den Schmiedemeister wegen kündigungslöser Entlassung. Es haben in dieser Sache bereits zwei Termine stattgefunden, im letzten billigte der Meister einem Vergleich von 16 Mark zu, den der jetzt verzogene Kläger abwies. Sein Vertreter willigte schließlich auf Anraten des Vorsitzenden in den ersten Vergleich, um wenigstens etwas zu retten. Allerdings werden die 16 Mark stark verringert, weil der Meister sowohl wie der mitgetommene Zeuge je 3 Mark Gebühren beanspruchten und auch bewilligt erhalten. Diese 6 Mark gehen von der Summe ab. — **Untergetobene, ehrlose Gesinnung?** Einer Lappalie wegen kam der Zeitungsverleger W. in große Aufregung. In seinem Geschäft war der Kontorist M. angestellt, der eines Tages bevor er zum Mittagstisch ging, ein zweites Mal ins Kontor zurückkam und mit der Kontoristin einige Worte gesprochen hatte, die gerade mit der Erledigung eines Telegramms beschäftigt war. Auf die Frage, was er hier noch zu tun habe, erwiderte M., er habe nur einen Schlüssel aufhängen. Diese Antwort ist aber nicht zu glauben, vielmehr, der Kläger habe sich in geschäftliche Angelegenheiten gemischt und Einsicht in das Telegramm nehmen wollen. Weil M. ihn so „ins Gesicht angelogen“ habe, hätte er dem Kontoristen gekündigt, worauf dieser erwiderte, daß W. schon lange darauf hingearbeitet habe ihn loszuwerden. Empört über die „Unverschämtheit und grobe Beleidigung“ — M. habe eine Gemeinheit begangen, indem er ihm diese Absicht unterschob — habe er den Angestellten sofort entlassen. Es sei eine Zumutung ehrloser Gesinnung gewesen, die um so weniger berechtigt war, als er dem Kontoristen vorher noch Zu-

lage und Urlaub gegeben habe. Im gleichen Atemzuge mit dieser Unternehmung erklärte der Beklagte, daß M. unfähig gewesen sei und die größten Dummheiten gemacht habe. Das Gewerbegericht kam zu dem Urteil, daß eine grobe Beleidigung im Sinne des § 123, Abs. 3, der Gewerbeordnung nicht in Betracht komme. (Tätlichkeiten und grobe Beleidigungen des Gehilfen gegen den Arbeitgeber oder dessen Vertreter.) Der Kläger habe sich allerdings nicht korrekt ausgedrückt, doch könne in dessen Verhalten eine ehrlose Gesinnung nicht erblickt werden. Er habe nur ausgedrückt, der Beklagte habe die Absicht gehabt, die Kündigung auszuführen. Daß der Beklagte nach Ansicht des Klägers diese Absicht gehabt haben sollte, könne nicht als Beleidigung aufgefaßt werden. Ein Kaufmann müsse stets gewärtig sein, daß ihm einmal gekündigt werde, selbst wenn ein günstiges Einvernehmen herrsche. Der Auspruch des Klägers könne wohl als Kränkung angesehen werden, eine grobe Beleidigung erfordere mehr. Deshalb sei der Anspruch des Klägers berechtigt und der Beklagte zu verurteilen, 97,20 Mark plus 3 Mark Kosten zu bezahlen. Macht also rund 100 Mark nach Adam Riese.

Zu dem Lustmord in Bargtheide wird noch gemeldet: Der Mann der ermordeten 39jährigen Frau Marie Baumgart, geb. Sellwig, aus Lauenburg hat in Bargtheide eine Wurstfabrik. Diese sollte nach Bargtheide verlegt werden und zu diesem Zweck hatte V. Montag ein Haus dort gekauft. Seiner Frau hatte er von Bargtheide aus telephoniert, sie möge ihm entgegenkommen. Die Frau ist dann um 7¼ Uhr vom Hause fortgegangen und kurz vor 9 Uhr in Zersbed einem Ziegelfeldbühler, der in Langreihe wohnt, begegnet. Dienstag morgen ist sie auf der Koppel, die am Wege liegt, ermordet aufgefunden worden. Der Mord muß um 9 Uhr abends ausgeführt worden sein. Wie festgestellt ist, die Frau auf der Straße angefallen worden und hat dann jedenfalls einen oder mehrere Schläge von hinten über den Kopf bekommen, sodas sie niedergefallen ist. Der Täter hat, wie die Blutspuren ergeben haben, sein Opfer 20 Schritt auf dem Wege bis zur Koppel geschleift. Vermutlich hat sich die Frau noch wieder gerührt und er hat ihr darauf noch einen Schlag an die linke Stirnseite verkehrt, wodurch der Schädel durchschlagen und der Tod eingetreten ist. Bei den weiteren Ermittlungen wurde auf dem Wege zurück nach Zersbed in einer Entfernung von 300 Metern ein Knüttel gefunden, der als Bein zu einem Chauffeebock gedient hat. Mit diesem Knüttel ist zweifellos die Tat ausgeführt worden, da er blutig war und gerade die blutigen Stellen kurze Pfenden aufwies, die genau in die Wunden der linken Stirnseite paßten. Von der Postbehörde in Lübeck wurden zwei Beamte mit einem Polizeihund requiriert; der Hund hat noch weiter nach Zersbed zu bis zu einem neben dem Wege liegenden Tümpel die Spur verfolgt. An dem Tümpel fanden sich Fußspuren, sodas angenommen wird, daß der Täter sich dort die Hände, die blutbefleckt waren, gewaschen hat. Eine Gerichtskommission ist am Tatort gewesen und hat weitere Ermittlungen angestellt. Es wird vermutet, daß der Täter die Frau von Zersbed aus, wo sich an den Chauffeeböcken derartige Beine, wie die Mordwaffe ist, befinden, verfolgt hat. Von anderer Seite wird berichtet: Als des Lustmordes dringend verdächtig wird von der Hamburger Kriminalpolizei der Stallschweizer Tidgen gesucht, der in der Nähe von Bargtheide in Arbeit stand und seit einigen Tagen verschwunden ist. Tidgen war bereits früher einmal in Untersuchung, weil er auf derselben Straße eine Frau überfallen haben sollte; er mußte aber damals wegen Mangels an Beweisen freigelassen werden. Weiter ist noch zu melden, daß die Ermordete auch ihrer Uhr und ihrer Schmucksachen beraubt worden ist, sodas ein Raub- und Lustmord vorliegt. Der Besizer der Leiche war ein ganz ähnlicher wie der bei der ermordeten Gärtnerstochter Dettmann auf der Kronsförder Chauffee bei Lübeck. Vor etwa 1½ Jahren wurde eine Frau aus Bargerhorst, etwa eine Meile von dem Tatorte entfernt, in ganz ähnlicher Weise überfallen; sie ist zwar mit dem Leben davongekommen, konnte aber leider über den Mörder keine näheren Angaben machen.

Arbeiter, Parteigenossen!

Erwerbt

das lübeckische Bürgerrecht!

Kontrollversammlungen im Rodenhof. Am Freitag, dem 11. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestklasse 1908. Am Freitag, dem 11. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestklasse 1909.

Kontursverfahren. Ueber das Vermögen der unverehelichten M. M. C. Boges in Lübeck, Breitestraße 13, ist am 8. April 1912, nachmittags 12 Uhr 40 Minuten das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Kaufmann W. S. Möller in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Dänische Vieheinfuhr. In der verfloffenen Woche betrug die Ausfuhr von Rindern aus Dänemark nach den deutschen Quarantäneställen in Apolda 1500, Flensburg 270, Kiel 308, Lübeck 862, Rostock 300, Altona 274, im ganzen 3514 Stück. Allein über Kolbing wurden 2200 Stück ausgeführt. — 875 Stück Großvieh, 570 Kühe, 65 Schafe und 459 Schweine gelangten in geschlachtetem Zustande nach Flensburg zum Verkauf.

pb. Eigentumsvergehen. In der Nacht vom 5. zum 6. d. Mts. ist aus einem an der Mühlentstraße gelegenen Cafe eine weiß- und rot schimmernde Billardkugel abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. — Abhandengekommen und vermutlich gestohlen ist ein rauhaariger, weiß- und braun geteilter Jagdhund.

pb. Jugendliche Diebe. Ermittelt und festgenommen wurden drei hiesige jugendliche Arbeiter, die einem zureichten Wärdlergeschellen in einer hiesigen Herberge 16½ Mk. gestohlen haben. Das Geld verjubelten sie zum größten Teile gleich nach der Tat in leichtsinniger Gefellschaft.

pb. Wer ist der Eigentümer? In der St.-Gertrud-Wache befindet sich eine sogenannte schottische Karre wie sie die Träger zu bewegen pflegen, die an der Badeanstalt am Falkendamm gefunden worden ist, wohin sie wahrscheinlich durch Unbefugte verschleppt ist. Die Karre ist grau gestrichen. Unter derselben befindet sich eine Kette mit Schloß.

pb. Verhaftet. Festgenommen wurde ein Dienstmädchen, welches einer Haushälterin eine Wechselachtel mit 50 Mk. und Briefmarken gestohlen hat.

Der Verein Offentliche Lesehalle erstattet loben seinen Jahresbericht für 1912. Ihm ist zu entnehmen, daß die Gesamtzahl der ausgeliehenen Bände 133 491 gegen 131 256 im Vorjahre betrug. Im vorigen Jahre wurde eine geforderte Jugendbücher-Ausleihe eingeführt. Es wurden 228 Jugendkarten und 106 Nebenkarten auszugeben, die von 147 Knaben und 81 Mädchen unter 14 Jahren benutzt wurden. Die Zahl der auf diese Karten entlehnten Bände betrug 6940.

Der Bücherbestand umfaßte Ende 1912 13 112 Werke in 14 895 Bänden. Im Verlust geraten sind 11 Werke im Gesamtbetrage von 35,20 Mk. Wegen nicht rechtzeitiger Rückgabe der Bücher mußten 5479 Mahnungen und 1152 weitere Mahnungen erfolgen. Die Zahl der Leihkarten betrug mit Einschluß der Nebenkarten für die beliehende Literatur 6648. Aus der St.-Gertrud-Bücherei wurden 4724 Bände entliehen, das sind 481 Bände mehr als im Vorjahre. Aus der St.-Jürgen-Bücherei wurden 2478 Bände entliehen gegen 1943 im Vorjahre. Der Lesesaal in der Mengstraße wurde an 333 Tagen von 87 337 Personen gegen 82 784 im Vorjahre benutzt. Der Kassenaufschluß ergab einen Reibetrag von 550,12 Mk.; die Summe der Einnahmen und Ausgaben betrug 20 187,99 Mk.

Öffentliche Trinferrivorgestellte Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 11. d. M., abends 6-7 Uhr.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet morgen — Freitag — abends von 5-8 Uhr, im Lokale des Herrn Pinkert „Gasthof Transvaal“ statt.

Hamburg. Erfolgreiche Tarifbewegung der Kleinpuer. Seit einiger Zeit verhandeln die Kleinpuer in Hamburg mit den Unternehmern über eine Erneuerung des Tarifvertrages. Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig, weil die Unternehmer in der Frage der Arbeitszeit vor der Erledigung dieser Frage im gesamten Baugewerbe kein Zugeständnis und bei dem Lohn für Jungausgelernte sogar einen Abstrich von 5 Pfg. vom Stundenlohn machen wollten. In der letzten Verhandlung einigte man sich dahin, daß die Frage der Arbeitszeitverkürzung bis zu ihrer Erledigung im Baugewerbe zurückgestellt werden soll. Eine allgemeine Lohnerhöhung soll erfolgen vom 1. April mit 4 Pfg. und vom 1. Oktober d. J. ab um weitere 2 Pfg., sodas der Stundenlohn dann 80 Pfg. beträgt. Der Lohn für Jungausgelernte bleibt auf der jetzigen Höhe von 55 Pfg. und steigt ein Jahr nach vollendeter Lehrzeit auf 58 Pfg. Der neue Tarif, der in seinen Einzelheiten noch festgestellt werden muß, läuft auf drei Jahre.

Stumhorn. Großfeuer. In Dersdorf bei Rattenkirchen entstand durch Funkenflug bei der Dampfdruckmaschine auf dem Hofe des Landmannes Schumann ein Schadenfeuer und legte das mit Stroh gedeckte Wirtschaftsgebäude in Asche. Das Vieh wurde mit Mühe gerettet, während die Dampfdruckmaschine und sonstiges Inventar in den Flammen verbrannte. Auch zwei benachbarte, mit Stroh gedeckte Häuser, wurden durch Funkenflug in Brand gesetzt und eingestürzt. Die Feuerwehren standen dem Feuermeer machtlos gegenüber.

Geestemünde. Mutter und Kind ertränkt. Mit ihrem Kinde hat sich die Frau des Weichenkellers Deisenbüttel im Bassefchen Bissechen in Wulsdorf ertränkt. Die Leichen konnten geborgen werden.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Mit dem Artikel, den Herr Pastor Denker am 4. d. M. im „Lüb. Volksboten“ veröffentlichte, können wir als denkende Menschen aus nicht einverstanden erklären. Daß die christliche Religion den Interessen der Arbeiter dient, kann man aus dem bekannten Wort eines Staatsmannes erkennen, der da sagte, die Teuerung sei eine Gottesfluchung. Ist doch jedem Arbeiter klar, daß dieselbe nur durch die Zoll und Steuerwucherer hervorgerufen ist. Es sollen dem Volk durch die Religion die Augen verschleiert werden, um es besser auszubilden. Dann befindet sich in dem Artikel ein Satz, der beginnt: „So möchten doch alle Eltern, die einer Konfirmation usw.“ Ich habe auch eine gehabt, kann aber sagen, daß mir an der kirchlichen Feier nichts gefallen hat, denn es wurden unter anderem auch die Worte gebraucht: „Ihr sollt Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ Wenn man nun diesen Satz durchdenkt und man erinnert sich der Kriegsgesichtsgerichte, die über die Armen gefällt sind, die nach diesem Gebot gehandelt haben, so kommt man zu dem Schluß, daß die Religion nicht auflöst, sondern verblödet. Ich möchte ferner Herrn Pastor Denker den Rat geben, wenn er Leute belehren will, doch erst an anderer Stelle anzufangen, steht doch in der Bibel: „Du sollst nicht töten“ und dabei predigen sogar gewisse Kreise den Massenmord, genannt Krieg. In einer anderen Stelle der Bibel heißt es: „Ehret Vater und Mutter“ und was sagt der oberste Kriegsherr? „Wenn ich befehle, sollt ihr Vater und Mutter schießen!“ Weiter steht in der Bibel: „Reiche und Arme müssen unter einander sein, denn der Herr hat sie alle gemacht.“ Nun möchte ich doch fragen, wenn es wirklich einen Gott gibt, ob er denn dem einen den Geldsack gleich mit auf die Welt gegeben hat oder nicht? Ich glaube nicht, denn wenn man die Geschichte der Menschheit studiert hat, so kann man daraus erleben, daß früher alle Menschen gleich viel gehabt haben, aber durch die Schlausheit und Brutalität einiger ist der Reichtum entstanden. Alles in allem: Die Religion verdummt und verblödet, denn die den Glauben daran noch haben, die lassen sich größtenteils am willkürlichen ausbeuten.

Kein Freidenker.

In Nr. 78 dieses Blattes wurde unter Schwartau-Kensfeld auf den Beschluß des Arbeiter-Sängerbundes hingewiesen, nach welchem an einem Orte nicht mehr als ein Gesangsverein bestehen darf. Nun wird von dem Parteivorstand und Gewerkschaftstarell behauptet, daß an Orte zwei Gesangsvereine bestehen. Das müssen wir ganz entschieden zurückweisen, denn in Schwartau (Stadt) ist der Männergesangsverein „Vorwärts“ und der Arbeitergesangsverein „Harmonia“ hat seinen Sitz schon von jeher in Kensfeld (Dorf), sogar auf der äußersten Spitze Klein-Mühlens. Dann wird behauptet, daß eine Verschmelzung der beiden Vereine an dem Verhalten des „Vorwärts“ scheiterte. Wir müssen aber doch den Parteivorstand und das Kartell ersuchen, etwas in die Vergangenheit zurückzublicken. Da ist nach unserer Meinung der „Harmonia“-Verein noch nie dafür zu haben gewesen, sich zu verschmelzen. „Vorwärts“ hat ja mehrfach die Verschmelzung angebahnt; wir möchten nur hinweisen auf die Versammlung, als H. J. noch Dirigent war. Wie stand es denn damals, oder haben die Vorstände es schon vergessen? Dann sind wir fest davon überzeugt, daß vom Parteivorstand und Gewerkschaftstarell wohl andere Sachen zu regeln sind, als nur unter den Vergnügungsvereinen und der Arbeiterschaft Zwiespalt zu säen, denn auch wir sind gewerkschaftlich sowie politisch organisiert. Wir sind der Meinung, daß Parteileitung und Kartell doch noch einmal die Lehre ziehen müssen, sich um Sachen zu kümmern, wozu sie da sind. Die Vergnügungsvereine werden von wähen, wie sie sich zu verhalten haben.

Der Vorstand des Gesangsvereins „Vorwärts“.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiet“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Böwler, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meper & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gratis **Gratis**

Am Donnerstag, Freitag und Samstag gebe auf 1 Pfd. meiner züglichen Margarine zu 80 oder 75 Pf.

großen Block Schokolade oder eine Porzellan-Tasse. Auf 2 Pfd. Lechbrot mit 10 feinsten Bouillon-Kügelchen.

Gratis **Gratis**

Art. Wegener, Balanierfahr 6, Her Strasse 48. (2989)

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Otto Alberts** Kohlmarkt 4 **10**

und vorzüglich bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. H. a.:

Federhosen . . . 2.20 - 6.45
Maurethosen . . . 2.60 - 4.75
Schloßhosen . . . 1.88 - 3.25
Abergiechhosen . . . 1.08 - 2.85
Hüft-Hosen . . . 1.68 - 3.25
neue Jacken, sehr feine u. gerade.
28. Kragen, Hemden, Schlichter-
Hosen, Anzügen, Halbröckchen,
Kamischillen, Mägen von 20
P. bis 18-20. Note Zubehör.

In unserem Verlage ist soeben erschienen:

Heinrich Paternostermater

Ein dunkles Blatt aus der Lübeckischen Geschichte des 14. Jahrhunderts.

Von Theodor Schwarz.

Preis 60 Pfg.

Jedem Freunde der älteren Geschichte Lübecks sehr zu empfehlen.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Habe mich in Lübeck als **praktischer Arzt** niedergelassen. Meine Wohnung ist **Klingenberg 3-1, I. Fernr. 2504.** Sprechstunden: Vormitt. 8-10 Uhr, Nachm. 3-4 Uhr. An Sonntagen nur vormittags.

Teile hierdurch mit, daß ich die **Brauerei** **Schwarzbauer Allee 36** wieder übernommen habe und empfehle jeden Dienstag u. Freitag daselbst mein vorzügliches **Einerebier.** **Frau Weiermiller.**

Samenhandlung

Schelm & Wege Nachf.
Wiuh. Vollert, Mengstr. 10
empfiehlt in guter Qualität:
Mai-Erbisen, Schnabel-Erbisen, Markt-Erbisen, Buzbaum-Erbisen, Große Bohnen, a Pfd. 30 Pfg. (2985) sowie alle übrigen Samenarten, Blumen-Zwiebeln, Saatkartoffeln, künstlich. Dünger.

Die Gratis-Werte

für die Abonnenten von

„Welt und Wissen“

können gegen Einlieferung der 52 Gutscheine in unserer Expedition abgeholt werden. Die Werke werden den Abonnenten gegen eine Nachzahlung von 50 Pfg. pro Band in einer eleganten reinleinen Einbanddecke geliefert, und bitten wir um Mitteilung, ob die Werke broschiert oder gebunden gewünscht werden.

Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Ein Damen-Sommerhut

zu verkaufen. Einzelstraße 70, III. (2987)

Wie bekannt, zahle die höchsten Preise für Hausstandsstampfen, Zeitungen, Eisen, Metalle, Kunstsch. Zane. (1225 Fernruf 2480. Postkarte genügt. Waisenstraße 25.

Achtung Schlosser!

Extra-Angebot

in blauen Schlosserjacken u. Hosen zu noch nie dagewesenen Preisen. Extra schwere Jacke, Gr. 40-44 1.78 M. „ „ „ „ 46-56 1.95 M. „ „ „ „ 58-60 2.40 M. „ „ Hosen „ 70-74 1.78 M. „ „ „ „ 76-84 1.95 M. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Johannes Holst, Kohlmarkt 6. Markt 6. Rote Rabattmarken. (1247)

Akademischer Unterricht in der Damenschneiderei.

Maßnahmen, Musterzeichnen u. Zuschneiden sämtlicher Damen- und Kinder-Garderoben erteilt **Frau L. Balsch, Damenschneiderm.** Schönkampstraße 8. Lehrzeit nach Belieben. (2984)



General-Versammlung

am Freitag, dem 11. April abends 8 1/2 Uhr im Lokale Zur schwarzen Dohle, Sundestraße 41. Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Wahlen. 3. Anträge. 4. Kreisurtag. 5. Verschiedenes. (2974) Der Vorstand.

Neues Stadttheater.

Freitag, den 11. April 1913. Anfang 7 Uhr. Ende 11 Uhr. 17. V. i. Volksh. 28. V. i. Freitagsh. Erstes Gastspiel von **Karl Erb** vom Hoftheater in Stuttgart.

Lohengrin von Richard Wagner. Lohengrin . . . Karl Erb a. G. Opernpreise.

Sonnabend, den 12. April 1913. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr. 17. V. i. Volksh. 28. V. i. Freitagsh. Anger Sonnabend. **Agnes Bernauer.** Ein deutsches Trauerspiel v. Heibel. Schauspielpreise.

Sonntag, den 13. April 1913. Nachm. 3 Uhr. Ende 5 Uhr. Anger Abonnement. Einheitspreis von 50 Pfg. pro Platz. **Im weißen Rößl.** Lustspiel v. Blumenhals u. Kadelburg. Die Besetzung der Plätze zur Nachmittags-Vorstellung findet am Freitag und Sonnabend von 8-9 Uhr abends statt. (2995)

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr. 17. V. i. Volksh. 28. V. i. Freitagsh. Erstes Gastspiel von **Karl Erb.** **La Bohème.** Oper von G. Puccini

Schneeweiße Wäsche

gibt Nagoda-Schnellwaschmittel. Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franko wertvolle Gegenstände z. B. gegen Gutscheine von 10 Pfg. 1 echt silbernes Messer, 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Broschüre beim Kaufmann. Nagoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Nagoda machen. (280)

Offertiere zu morgen u. übermorgen große Posten
Flomen per Pfd. nur **75**
Rippen per Pfd. nur **50**
Ochsenleber per Pfd. nur **80**
Auf sämtliche Fleisch- und Würstwaren 4% Rabatt.
Verkauf in meinen Detailgeschäften.
Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik
August Scheere. 2994

Deutsch-Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

findet wegen der Volksversammlung nicht Sonnabend, sondern **Montag, den 14. April 1913** abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Stellungnahme zu den Anträgen zur Generalversammlung. 3. Aufstellung von Delegierten-Kandidaten zur Generalversammlung in Breslau. 4. Abrechnung vom Vergnügen unserer weiblichen Mitglieder. 5. Bericht der Kommission über unsern stattzufindenden Ausflug. 6. Wahl eines Bezirkskassierers. 7. Verschiedenes.

NB. Freitag, 11. April, abds. 8 1/4 Uhr: Bezirksvertrauensmänner-Sitzung. Die Ortsverwaltung.

Konzerthaus Fünfhausen. Morgen Freitag: Großer Tanz. W. Neg.

Gelegenheitskauf!

Ein großer Posten gestreifte Barchent-Arbeiter-Hemden

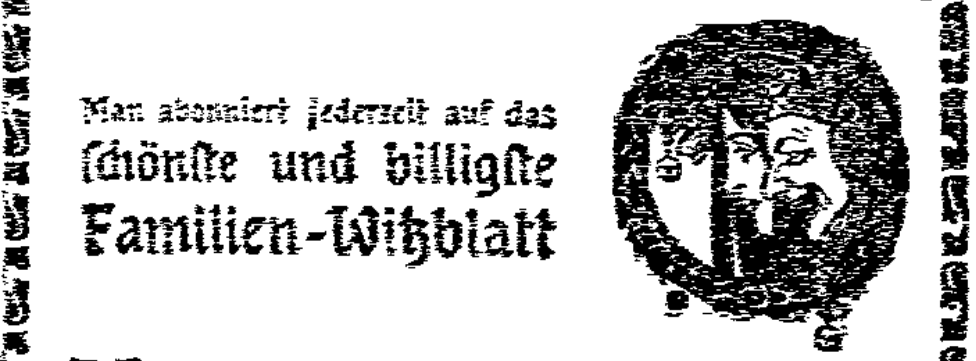
Serie I statt 125 1/2 nur 88 1/2
Serie II statt 135 1/2 nur 95 1/2
Serie III statt 155 1/2 nur 120 1/2
Serie IV statt 220 1/2 nur 165 1/2

Ein großer Posten Normal-Hemden- u. -Hosen

Serie I 125 1/2
Serie II 165 1/2
Serie III 195 1/2
nur solange der Vorrat reicht!

Markmann & Meyer.

Breite Straße 44-46. 2983



Meggendorfer-Blätter

München 2 Zeitschrift für Humor und Kunst
2 Vierteljährlich 15 Nummern nur M. 3.-

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postämtern. Verlangen Sie eine Gratis-Probekopie vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München

Sollte es vorkommen, daß in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47, unzulässige, uninteressante Respektierung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu bekräftigen.

Licht gedruckt. Eintritt für jedermann frei!

Die Wehrovorlage vor dem Reichstag.

Dritter Tag.

135. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Heeringen, Kühn.

Dr. Doormann (Sp.): Wir werden die Vorlage, die nicht verschleppt werden darf, sachlich aber ohne Enthusiasmus prüfen. Die Begründung genügt nicht, vielleicht werden uns aber noch tiefere Gründe in der Kommission gegeben werden. Generalstab und Kriegsministerium sind nicht von meinem Freunde Müller gegeneinander ausgespielt worden, sondern von der konservativen Presse, an deren Adresse sich der Kriegsminister wenden müssen. Der Kriegsminister meinte, von den Vorgängen auf dem Balkan seien nicht nur die militärischen Kreise überrascht worden, sondern auch die Abgeordneten. Wir unterhalten aber doch gerade dazu Militärattachés, damit sie sich und ihre Vorgesetzten informieren. (Sehr gut! links.) Die Rechtsverhältnisse der Offiziere und Mannschaften müssen bei dieser Vorlage verbessert werden. Es ist noch sehr fraglich, ob es überhaupt möglich ist, soviel Rekruten auszuheben, wie man haben will, wenn man nicht auf die Nichtgangtauglichen zurückgreifen will, was sicher recht bedenklich wäre. (Sehr richtig! links.) Wir verlangen bindende Garantien, daß auf die Familienverhältnisse bei der Aushebung unbedingt Rücksicht genommen wird. (Sehr gut! links.) Herr Scheidemann bezeichnete es als unglaublichen Blödsinn, daß durch die Einstellung von 63 000 neuen Rekruten die dem Erwerbsleben entzogen werden, die Arbeitsgelegenheit für die übrige Bevölkerung vermehrt werde, wie die Broschüre des Wehrvereins behauptet. Ganz so unsinnig ist die Sache doch nicht. (Hört, hört! bei den Soz.) Denn in der Broschüre steht in demselben Zusammenhang, daß diese 63 000 Rekruten dann eben zu Konsumenten werden. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Sollte die Vorlage angenommen werden, so soll das Volk wenigstens wissen, daß wir unsere Pflicht in genauerer Prüfung der Einzelheiten getan haben. (Brao! bei den Volksp.)

Generalmajor Wendel: Unsere Prüfung hat ergeben, daß die mehrgeforderte Einstellung von Rekruten ohne Schwierigkeit und ohne Herabsetzung der Forderungen an die Tauglichkeit möglich ist. Die Anforderungen an das Körpermaß können geringer werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Das hat aber mit der Tauglichkeit nichts zu tun, das geringere Körpermaß kann im Gegenteil in militärischer Hinsicht von Vorteil sein.

Dr. Haegy (Sp.): Meine Freunde lehnen die Vorlage ab. Die esak-lothringische Bevölkerung ist friedlich gesinnt und wünscht nicht, daß Esak-Lothringens wegen ein Weltkrieg entbrennt. Wir wünschen eine Politik der Versöhnung, und werden unsere Stimme für den Frieden in der Wagschale legen. Die Pflöchtheit, mit der die neue Vorlage kommt, bildet ein dem Frieden schädliches Moment der Beunruhigung. Würde die Vorlage hier abgelehnt werden, so würde auch in Frankreich die dreijährige Dienstzeit fallen. Auch das französische Volk sehnt sich nach einem Sabbatruhejahr der Heeresrüstungen. Die Rüstungsüberspannung muß zur Weltkriestrophe führen. Nicht verstärkte Rüstungen sichern den Frieden, sondern die schiedsgerichtliche Verständigung der Völker. Wir begrüßen die Initiative schweizerischer, deutscher und französischer Parlamentarier zu einer Konferenz in Bern, um Mittel für den Frieden und die Abrüstung zu suchen.

Werner-Hersfeld (L.): Solche Konferenzen haben für die Sache des Friedens noch nie etwas geleistet. Nach den Reden der Herren Müller und Doormann müßten die Freisinnigen eigentlich zur Ablehnung der Vorlage kommen. Sie hatten ja aber glücklicherweise noch eine ganze Reihe von wenn und aber. Herr Scheidemann verläßt sich auf die Friedensliebe des französischen Volkes, aber auch die französischen Sozialisten müssen der Volksstimmung Rechnung tragen. Die Haltung der französischen Soldaten, die das Zeppelin-Luft-

schiff in Lunewille überwachten, übrigens war die Notlandung nicht notwendig, war keineswegs freundlich. Als Rebner in einer Schlußäußerung den König Nikola von Montenegro den König aller Hammeldiebe nennt, wird er unter großer Heiterkeit des Hauses vom Präsidenten Raempf zur Ordnung gerufen.

Dr. Frank-Wannheim (Sp.): Wer die Finanzreform von 1909 miterlebt hat, wird sich erinnern, daß von einem bestimmten Tage an immer lautes Gelächter losbrach, wenn ein Minister vom sogenannten Standpunkt der Regierung zu reden wagte. Ähnliche Stimmungen scheinen sich jetzt vorzubereiten. Weder der Kriegsminister, noch der Reichskanzler gehen in diesem Hause die Autorität, so gewaltige Neuforderungen zu vertreten. Noch vor einigen Monaten hat der Kriegsminister die ruhige stetige Entwicklung des Heeres als sein Ziel hingestellt und jetzt bekommen wir, eingeleitet durch theatermäßigen Lärm diese Vorlage. Eine derartige Umkehr der Politik kann sich nicht vollziehen durch einen Meinungswechsel, sondern nur durch einen Ministerwechsel. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichskanzler hat noch nicht ganz umgelernt. Der Reichskanzler von 1912 ist dem von 1913 noch manchmal im Wege. Er hat eine Rede gehalten, die durch ihr Verantwortlichkeitsgefühl und die Betonung seiner Friedensliebe angenehm berührte. Er hat sich nach Osten, nach Westen, nach allen Himmelsrichtungen neubeugt, wie ein Türke beim Gebet. Er wollte eben ein Problem lösen, das so unlösbar ist, wie die Quadratur des Kreises. Die Vorlage, die nach ihrer Entstehung und ihrem Inhalt provokatorisch ist, kann man eben nicht so begründen, daß niemand provoziert wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn in einer Bauernhube ein Burck sein Messer zieht, am Tische zu schleifen beginnt und dabei dem Nachbarlich zuruft: Ich habe ganz friedliche Absichten (Gr. Heiterkeit) und nichts dagegen, daß auch Ihr Eure Messer schleift, wer wird ihm dann friedliche Absichten glauben? (Sehr wahr! bei den Soz.) Die ernstliche Begründung der Vorlage steht noch aus. Verlassen Sie sich in dieser Beziehung ja nicht auf die Kommission. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß unter dem draußen ausgehängten Zettel „Geheim“ Mitteilungen gemacht wurden, deren Inhalt seit Wochen bekannt war. Vielleicht erhalten wir jetzt in der Kommission Nachricht über die Länge der deutschen Grenzen. (Große Heiterkeit.) Ernste Männer behaupten, wir hätten eine Vorlage in dieser Gestalt nicht bekommen, wenn jetzt nicht das Jubiläumswort wäre. Es ist etwas Nüchternes und Gefährliches um geschichtliche Parallelen. Karl Marx sagt in seinem 18. Brumaire: Jedes Drama der Weltgeschichte wiederholt sich in Form einer Farce. Ich will daher die Parallele mit 1813 nicht weiter spinnen. Der Reichskanzler käme ja dabei nicht zu kurz, wenn er mit dem Freiherrn von Stein verglichen würde. (Große Heiterkeit.) Auch Herr v. Heeringen hätte sich nicht zu beklagen durch die Vergleichung mit Scharnhorst. (Gr. Heiterkeit.) Wir könnten auch Analoga für die Reden an die deutsche Nation stellen; in Verlegenheit käme man nur, wenn man nach einem Napoleon suchte; vielleicht denkt mancher an den Serbenkönig oder an Nikola von Montenegro. (Große Heiterkeit.) Mit der Begründung auf die Verjüngung von 1813 ist es also nichts. Bleibt nur übrig der Hinweis auf die Südslaven. Eine sehr angelegene österreichische Militärzeitung stellt nun aber am 13. März in einem Artikel fest, daß zwei bis drei Armeekorps gegen Serbien und Montenegro ausreichen würden, mindestens solange bis im Nordosten die Entscheidung gefallen ist. Dort hält man also zwei bis drei Armeekorps für ausreichend, bei uns kommt man mit einer Vorlage, die weit mehr als 100 000 Mann fordert. Die Vergleichung der Heeresstärken der verschiedenen Länder ist ja außerordentlich schwer. Für Rußland müssen mindestens 10 Armeekorps von der Effektivstärke für einen europäischen Krieg abgezogen werden, die in

Sibirien und Turkestan festgehalten werden. Gestern wurde das Parlament der chinesischen Republik eröffnet. Ich hoffe, daß die Anerkennung der chinesischen Republik durch das Deutsche Reich nicht auf sich warten läßt. (Zustimmung bei den Soz.) und ich hoffe, daß diese Republik, deren Parlament wir unseren Gruß entsenden, sich gut entwickeln wird. Dann kommt vielleicht noch der Tag, wo Rußland sich an seiner Ostgrenze schwere Sorgen machen muß. Eine halbe Million russischer Arbeiter kommt jährlich als wirtschaftliche Hilfsstruppen nach Deutschland. Darunter sind mindestens 300 000 russische Reservisten. Glauben Sie, daß man im Ernstfall — ich traue ja unserer Regierung jede Dummheit zu (Heiterkeit) — aber das glaube ich doch nicht, daß man diese 300 000 Wehrpflichtigen zur gefälligen Verwendung der russischen Armee einschieben würde. Ich bin im Gegenteil überzeugt schon deshalb, weil die Herren von der Rechten dann die russischen Reservisten für ihre Ernte brauchen würden. Die „Kreuzzeitung“ schrieb, die Vermehrung sei notwendig, weil das Heer eine innere nationale Schule darstelle, und weil man so der weiteren Entwicklung der Sozialdemokratie wirksam entgegenarbeite. Das ist doch wohl ein Kinder glaube. Unter den 136 000 neuen Soldaten werden, niedrig geschätzt, 50 000 Sozialdemokraten sein, wenn sie in die Kaserne hineingehen, und 80 000, wenn sie aus der Kaserne herauskommen. (Sehr gut! bei den Soz.) Die einzige Überwachungs, die uns die Beratung brachte, war die etwas stark betonte Begeisterung, mit der das Zentrum für die Wehrovorlage eintritt. Es ist merkwürdig, wie die Alerikalen jetzt in der ganzen Welt die Kriegshetze sind. In Paris, in Wien sind sie die Kriegsdreher. In Petersburg sitzen die Erzbißhölzer auf dem Podium, wo die Panflavisten zum Kratzen gehen und auch in Deutschland erweist sich das Zentrum wieder als beste Schutztruppe des Militarismus. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Erzberger meinte, wir sollten doch froh sein, daß das Zentrum für die Vorlage eintrete, sonst käme es ja zur Auflösung, und wir 110 würden nicht wiedertreten. (Lachen bei den Soz.) Herr Erzberger, wenn man das so sicher wüßte, so würde man schon einen Grund zur Auflösung finden. (Sehr gut! bei den Soz.) Er weiß auf unsere Niederlage bei früheren Auflösungen wegen Militärvorlagen hin. Nach meiner Überzeugung haben wir damals nicht deswegen Mandate verloren, weil wir gegen die Militärvorlage stimmten, sondern weil wir Seite an Seite mit dem Zentrum stimmten. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Alle Parteien haben bei dieser Debatte Wünsche vorgebracht. Sie wurden als eine Art Entschädigung für das Volk als Pflaster auf die Wunden, die der Militarismus schlägt, verlangt. Das ist ein falscher Ton. Wenn wir den demokratischen Ausbau der Verfassung und des Heeres verlangen, so wünschen wir damit nicht ein Geschenk für das Volk, sondern meinen, daß der freiheitliche Ausbau der wichtigste Teil des Ausbaus der Heeresverfassung ist. Die moralisch-politische Rüstung ist noch wichtiger, als die militärische und finanzielle Rüstung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichskanzler selber erkennt an, daß wir an Zahlen der Truppen niemals mit Rußland wett-eifern können. Wohl aber können wir Rußland weit überfingeln in Bezug auf den Geist, der in der Armee herrscht. Eine Einheit der Armee ist nur denkbar, wo eine Einheit des Volkes da ist, eine Einheit des Volkes ist nur möglich, wo Einheit des Rechtes herrscht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Glauben Sie, es gäbe eine bessere Sicherung des Reiches gegen äußere Angriffe als die Reform des preussischen Wahlrechts? (Sehr wahr! bei den Soz.; Lachen rechts.) Sie (nach rechts) wollen diesen Preis nicht zahlen, wenn Sie auch wissen, daß das Reich dadurch gesichert ist. Gäbe es eine bessere Sicherung unserer Ostgrenze, als die Aufhebung der Ausnahmegeetze gegen die Polen? (Sehr gut! bei den Soz.) Ich weiß, daß Sie auch das ablehnen. Um diese Forderungen

Anna.

Roman von Th. Mügge.

(14. Fortsetzung.)

So gingen die Tage hin zwischen aufdämmernden und wieder verlorenen Hoffnungen, unerträglichen Stunden, in welchen Wilberg fast zu dem Entschlusse getrieben wurde, was auch geschehen möge, sich aus dieser Pein zu retten, und anderen, wo er neues Vertrauen faßte und eine Verständigung sich anzubahnen schien. Endlich kam es an eben der Stelle im Garten, wo die überraschende Erklärung erfolgt war, zu einer weiteren Auseinandersetzung. — Wenn ich alles recht bedenke, liebe Stephanie, sagte er, als er dort neben ihr saß, so bin ich froh, daß die Mutter wie der Cherub mit dem feurigen Schwerte uns zusammentrieb.

Der Cherub trieb die beiden Sünder aus dem Paradiese, erwiderte sie.

Wir aber erwarten, daß er uns hineinführe, versetzte er. Glauben Sie mir, Stephanie, ich habe den Mut und den festen Willen, uns glücklich zu machen, auch wenn ich weiß — er sah sie freundlich, aber so starr an, daß sie errötete.

Nun, was wissen Sie? fragte sie leise.

Daß Sie mich nicht lieben, erwiderte er. Habe ich recht? Für uns, für Verlobte, ist es eine seltsame Frage, erwiderte sie ausweichend.

Aber eine natürliche, wenn wir die Verhältnisse bedenken, fiel Wilberg ein.

Lieben Sie mich denn so sehr? fragte Stephanie plötzlich.

Wenn die herzliche Neigung, welche mich zu Ihnen zieht, und der Wunsch, Ihr Leben froh und heiter zu gestalten, Liebe ist, dann darf ich ja sagen, Stephanie.

Und keine Andere hätte das je so vermocht?

Wilberg sah sie fragend an. Eine lächelnde, drohende Gestalt schwebte an ihm vorüber, aber es war ein Schatten, der sogleich verschwand. — Nein, sagte er, kein ander Bild lebt in meinem Herzen, und das, Stephanie, hoffe ich auch von Ihnen. — Wenn Sie meine Hand nehmen, zwar ohne heiße Liebe, aber mit der Neigung, die von der Zukunft Glück hoffen darf, so bin ich befriedigt, denn mir bleibt die frohe Hoffnung, Sie ganz zu gewinnen.

Er sagte diese Worte mit Offenheit und der ganzen Kälte seines Wesens, aber nicht ohne schmerzlichen Ausdruck. Sein Auge hing an ihren Augen fest, als wollte er bis in ihre Seele sehen, und Stephanie errötete und ging schweigend weiter.

Sagen Sie mir das eine, fragte Wilberg nach einer Pause, sagen Sie mir, ob ich keine Abneigung bei Ihnen finde.

Lieber Gustav, erwiderte die Braut nach einem Bedenken, Sie haben mir gesagt, daß das Schicksal unsere Verbindung eben so gut gewollt hat, wie unsere Mütter, und ich erkenne beides an. Gott hat es so gefügt, daß wir verlobt wurden, ehe wir uns recht verständigenden konnten, und so geht es vielen auf Erden. Unsere Eltern haben unsern Bund gesegnet, die Welt weiß es, an uns ist es nun, nachzuholen, was wir verjäumt haben. Ich will alles tun, was ich kann, um Sie zu beglücken, treu Ihnen anhängen, Sie ehren und achten!

Und lieben, Stephanie, sagte er leise.

Ich werde Sie lieben lernen, o gewiß! ich werde — fuhr sie fort, nur jetzt — es ist so schnell, so überwältigend über mich gekommen; aber glauben Sie mir, ich kann nicht anders. Meine Empfindungen bedürfen Zeit, meine Natur will einen langjamen Weg.

Wilberg betrachtete sie mit erhöhter Teilnahme. — Ich verstehe Sie, Stephanie, sagte er. Es gibt Menschen, deren Empfindungen wie Champagner schäumen müssen, und welche die Liebe wie ein seltsamer Rausch überkommt. Aber meine Mutter hat recht, diese Liebe ist Leidenschaft, und Leidenschaften bestehen die Probe selten. — In ruhigeren Charakteren entwickelt sich die Liebe langsam, sie wird von Freundschaft getragen, von Achtung genährt und ist eine reine Flamme, die mit der Zeit immer heller brennt. — Wollen Sie diese Liebe begründen helfen? Sie sollen es nicht beklagen, Stephanie.

Ich will, gewiß, ich will! sagte sie den Blick aufhebend und ihn fest anschauend. So bin ich zufrieden, liebes, teures Mädchen, rief er lebhaft. Auch ich gehöre ja zu den langjamen Naturen, die überlegen und zaudern müssen. Mögen wir beide denn froh in die Zukunft blicken. Viele sind glücklich geworden, die mit stillen Herzen ein Band knüpften, das, wie meine Mutter sagt, Blaurot vor der Hochzeit schien, aber purpurn sich färbte in der Ehe.

Dieses Gespräch hatte die gute Wirkung, daß die beiden Verlobten zu einem größeren Vertrauen gelangten und ruhiger und zwangloser sich nebeneinander bewegten. Stephanie war heiter, dann und wann ruhten ihre Blicke betrachtend auf ihrem Verlobten; und als am Abend die Mutter es scherzend vermittelte, daß das vertrauliche Du zwischen ihnen eingeführt werde, stimmte die Braut lachend ein und behauptete, daß es ihr gar nicht schwer werde, das inniger verbindende Wort auszusprechen, welches zwischen Jugendfreunden nie hätte aufgehoben werden sollen.

Als Wilberg nach Haus ging, war er von den Vorgängen dieses Tages rasch wechselnden Empfindungen hingegeben. Er fühlte bald eine beruhigende Sicherheit, bald das Bohren eines nicht zu betäubenden Amnits.

Sie liebt mich nicht, aber sie will mich lieben! murmelte er vor sich hin, seltsames Geständnis einer Braut. Und habe ich ihr nicht eigentlich dasselbe gesagt? — Lieben Sie mich denn so sehr? — Sagte sie nicht so? und — was sollte ich antworten! Sollte ich Liebeschwüre schwören, nach Liebesworten suchen? Ach, wenn man Schwüre suchen muß, wenn man, den Arm um eines Mädchens Leib geschlungen, nach Worten suchen muß, um ihr zu schwören, daß man sie liebt — wenn man, allein mit seiner Braut, nicht weiß, wovon man mit ihr reden soll — er seufzte tief auf. — Fort mit allen Gespenstern! rief er endlich halblaut, es ist so, es kann nicht anders sein. Ich will die Liebe beschwören, sie wird kommen. Wir werden uns achten, beide achten, und diese Liebe hat ja meine Mutter beglückt, mein Vater ist heiß bemeint in ihren Armen gestorben, was kann ich mehr verlangen!

In diesem Augenblicke streifte eine dunkle Gestalt dicht an ihm hin. In einem Manteltragen gehüllt und einen Hut mit großen Krempe tief in die Augen gedrückt, sah Wilberg nichts als einen Arm, der sich plötzlich nach ihm ausstreckte und ein Papier ihm entgegenhielt. Er fuhr aus seinem Nachsinnen auf und blieb stehen.

Was soll das? fragte er.

Nehmen Sie, sagte eine gedämpfte Stimme.

Ein Brief an mich?

Ja.

Kennt Sie mich?

Ja.

Er nahm das Papier, das aus einem zusammengefalteten kleinen Zettel bestand. — Der Unbekannte entfernte sich darauf.

Warten Sie, rief Wilberg, der von seiner Überraschung sich erhob, wer sind Sie?

Lesen Sie den Inhalt dieses Papiers an der nächsten Laterne, rief der Unbekannte zurück.

Was kann es sein? sagte der Doktor, indem er stehen blieb. — Man will mich nicht kennen und kennt mich.

Langsam trat er unter die nächste Laterne und öffnete den Zettel. „Sie sind in Gefahr, hüten Sie sich!“ stand mit großen Buchstaben darin. — Vor wem? rief er laut, indem er bestürzt umherguckte.

Vor mir nicht! antwortete eine Stimme hinter ihm, und mit Ramut sah er in die großen boshaften Augen des alten Frese, der auf dem Trottoir stand und ihn lauernd betrachtete.

Guten Abend, lieber Herr Nachbar, fuhr er fort, dachte es doch gleich, daß Sie es waren, der vor mir herflieg, um Liebesbriefchen beim Lampenschein zu lesen. — Von mir ist er aber wirklich nicht, fuhr er lachend fort, auf Ehe und Selbsteit!

durchzusehen, wollen wir nicht klagen und träumen, wie Herr
Bassermann in Hannover, sondern schaffen und kämpfen soll
die Parole sein. (Zustimmung bei den Soz.) Um das Ja
des Zentrums im großen zu bewerkstelligen, hat Erzberger Kritik
im kleinen und kleinsten geübt. Allerdings hat er auch gleiches
Recht innerhalb und außerhalb der Armee verlangt. Wir
werden die Herren beim Wort nehmen, aber uns nicht mit
Resolutionen begnügen, sondern unsere Forderungen zum
demokratischen Ausbau des Reiches und Heeres gesetzlich fest-
legen. Wir haben alle gehört, mit welcher Kraft das Zentrum
seine Gegnerschaft gegen das Duell vertrat und dem Kriegs-
minister freigegeben anlagte. Der Kampf beginnt damit, daß man
diesem Kriegsminister die Heeresvorlage glatt bewilligt.
(Sehr gut! bei den Soz.) Ich nehme an, daß das Zentrum
bereit sein wird, mit uns in das Gesetz hineinzuschreiben, daß
jeder Offizier, der eine Herausforderung zum Duell erläßt
oder annimmt, mit schlichtem Abschied entlassen werden muß.
(Sehr gut! bei den Soz.) Das Zentrum verlangt gleiches
Recht. Wir kommen also sicherlich seinem Wunsche entgegen,
wenn wir verlangen, daß die Mitglieder regierender Häuser
und standesherrlicher Familien genau so wehrpflichtig wie
jeder andere Deutsche sein sollen. (Sehr gut! bei den Soz.)
Auch darüber wird das Zentrum sich entscheiden müssen, wie
es sich zum Einjährig-Freiwilligen-Privileg stellt. Es wird
im deutschen Volk verstanden, daß soviel Tausend wohl-
habender Leute bevorzugt bleiben im gleichen Augenblick, wo
Bauern, Handwerker und Arbeiter schwere Lasten auf sich
nehmen sollen. Unmöglich muß weiter der Militärabzug
gemacht werden. Diese terroristische Maßnahme, von der
übrigens nicht die Sozialdemokraten, sondern der Mittelstand
den Nachteil hat. Als letztes sei noch genannt die gesetzliche
Freistellung der bürgerlichen Rechte der Reserveoffiziere. Die
beschämende Schmach in das Privatleben und die politische
Beseitigung der Reserveoffiziere muß aufhören. Vor kurzem
sollte bei einem Reserveoffizier festgestellt werden, ob er wirk-
lich in einem bestimmten Lokal, an einem bestimmten Abend
es gewagt hat, einem anwesenden Sozialdemokraten „Prost“
zuzurufen. (Große Heiterkeit und Hört, hört! bei den Soz.)
Es sind Zeugen vernommen worden, wieviele Reserveoffiziere
anwesend waren, und an welchem Tisch der Sozialdemokrat
gewesen hat. (Spürst bei den Soz.) Das Bürgertum macht
sich mehr als lächerlich, wenn es solche Dinge duldet. (Sehr
wahr! bei den Soz.) Raum ein halbes Duzend Abgeordnete
sind in diesem Hause, die sich wirklich über die Vorlage freuen.
Kein vernünftiger Deutscher kann ein Interesse an einer
absoluten Erhöhung der Rüstung haben. Eine Ausnahme
macht nur das Rüstungskapital und seine Presse. Es wird
in seinem Eifer nicht beeinträchtigt dadurch, daß gleichzeitig
in Deutschland, Rußland und England Schiffe und Kanonen
gebraucht werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im Gegen-
teil, bei den garten Häden, die hinüber und herüber gehen,
steht sich das Rüstungskapital darüber. Da müssen wir ernst-
lich prüfen, ob es nicht an der Zeit ist, die Waffenfabrikation
in die Regie des Reiches zu nehmen. (Sehr wahr! bei den
Soz.) Was soll nun geschehen? Wir dürfen nicht, wie Kon-
rad Haußmann, hoffnungslos die Hände in den Schoß legen.
Wir müssen den erregtesten anfruchtigen Versuch zu einer
Verhandlung machen mit Frankreich. Wenn es möglich wäre,
eine einjährige Rüstungspause zwischen Deutschland und
Frankreich herbeizuführen, dann würden zwei Völker befreit
aufstehen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Der Ruf, der zu uns
aus dem Schweizerlande und nach Paris dringt, muß hier eine
freundliche Antwort finden. Wenn Schweizer Bürger aller
Parteien uns ihre ehrlichen Vermittlerdienste anbieten, dann
ist es Sache der Volksvertreter, wenn die Regierung verjagt,
die Initiative zu ergreifen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der
moralische Eindruck einer solchen Aussprache auf Europa wäre
gewaltig. Frankreich und Deutschland bilden schon heute eine
kulturelle Gemeinschaft. Die Vernunft ist auf dem Marsche
und die Vernunft wird schließlich zu einer europäischen Groß-
macht werden, die Herr wird über all das, was jetzt der fried-
lichen Entwicklung entgegenwirkt. Wir Sozialdemokraten
wünschen, daß auch bürgerliche Friedensfreunde mit uns ar-
beiten. Lassen Sie uns aber allein, so erschrecken wir nicht
dabei; wir gehen dann allein den Weg und wissen, daß
hinter uns der Wille vieler arbeitenden Nationen steht, wir
gehen den Weg mit dem Bewußtsein, Bürger der kommenden
großen europäischen Kulturgemeinschaft zu sein und unserem
Vaterlande dadurch zu dienen, daß wir diese Gemeinschaft
fördern. (Lebh. Bravo! bei den Soz.)

Häußler (3.): Bei unserer politischen Lage ist unser
Heerwesen die Grundlage unserer nationalen Existenz. Aber
über das Maß der Heeresvermehrung können wir uns nicht auf
die Autorität der militärischen Sachverständigen verlassen,

darüber können Sie sich beruhigen; aber ich finde es ganz
allerhöchste, daß ein Bräutigam, der in Himmelswohnungen
wohnt, jähliche Billette auf der Straße empfängt. Bravo,
Herr Doktor, bravo!

Sie müssen sich gänzlich, sagte Mühsberg, den Zettel ein-
decken.
Ach, was Sie sagen! rief der alte Herr, ich habe es ja
gehoben. Der kleine schwarze Kobold schnurte an mir vor-
über, wie der Wind, aber doch sah ich das Gesichtchen. —
Ein ganz allerliebste Ding. Wilsch und Blau. Augen wie
Kohlen und ein Mähdchen dazu, mit einem Niemann zuzu-
brücken.

Sie scheinen in guter Gesellschaft gewesen zu sein, er-
widerte der Doktor.
In guter Gesellschaft? rief Herr Frede und rief mich mit
seinem Sambas auf des Pfaffen. Ja, ich muß Ihnen be-
scheiden, das letzte Freude über Sie und Ihr Glück bin ich
nicht in Gesellschaft gegangen, bin im Kasino gewesen und
um sehr viel sitzen geblieben, was sonst gar nicht meine
Sache ist.

Ich weiß nicht, wie ich Ihnen so viele Grundlichkeit be-
weisen soll.
Das überlassen Sie Ihrer Frau Mutter. Liebes Kind,
der Herr Frede mit dem jungen Grafen, das jedesmal sein Ge-
dächtnis erhalte, wenn er recht boshaft war, die wird gewiß da-
für sorgen, irgend eine nette Belohnung für meine treue An-
hänglichkeit zu erlangen. Aber was sage ich denn, jetzt er
wort, so hat ich eine solche für mich eigentlich in Bereitschaft,
wenn wie Sie haben ein ausserordentliches Billett empfangen, so
erhält ich vor einigen Stunden ein solches von der Frau Ge-
richtsarztin; und Grundlichkeit, soll Dank, soll keiner Hoff-
nungen für die Zukunft.

Was die Zukunft, sagen Sie?
Gewiß, verstanden der alte Herr, und darum wurde ich
über so verzagt. Meine liebe Nachbarin betete mich,
daß es ihr den kleinen Schwanz mache, wenn sie daran denke,
daß ich so erkrankt bin; wenn sie nicht mehr melde,
dann, wenn ich eine herrliche Stimme in ihrem Hause hören solle,
und ich bin darüber so glücklich worden, daß ich den letzten
Nachmittag gerade habe, ihr kleine Kammer nie zu bereiten.
Das ist mit dieser Worten. Herr Frede, sagte Wil-
berg, meine Mutter hat Sie, wie ich weiß, heut gesehen, der
große alte Herr hat Sie höchstige Wohnung aufgegeben, und
Sie werden nicht.

Sie haben ganz recht, ich will nicht, erwiderte der alte
Herr.
Das sollte mir leid tun. Sie kennen meiner Mutter
Recht, und ich gebe mir für eine solche bessere, kleine
Belohnung setzen werden.
(Fortsetzung folgt.)

deren Meinungen sehr wechselnd sind. Durch die Quinquen-
nate ist die gesunde Entwicklung der Armee unterbunden.
Was haben sie denn für Wert, wenn sie in jedem Jahr durch
eine neue Vorlage unterbrochen werden; sie binden den
Reichstag, aber nicht die Regierung. Mit der Heranziehung
aller Militärsfähigen zum Dienst bin ich im Prinzip ein-
verstanden, aber bei der Militärvorlage von 1905 sagte der
Kriegsminister, daß wir das mit Rücksicht auf die Finanzkraft
des Landes niemals durchführen können. (Hört, hört! bei den
Soz.) Wollen wir auf die Finanzkräfte Rücksicht nehmen, so
gibt es hierfür nur den einen Weg: Verkürzung der Dienst-
zeit, (Hört, hört! bei den Soz.) selbstverständlich mit Beseiti-
gung aller Ungleichheiten, also der längeren Dienstzeit der
Kavallerie, und der Beseitigung des Einjährig-Freiwilligen-
Privilegs. Die Aufgaben der Kavallerie sind so modifiziert
durch die Entwicklung der Technik, daß die dreijährige Dienst-
zeit für sie nicht mehr aufrecht erhalten zu werden braucht.
(Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Bei der Verkürzung der
Dienstzeit braucht man nicht gleich an die Beseitigung der
zweijährigen Dienstzeit und an das Militärsystem zu denken,
man kann eine Urlaubszeit gesetzlich festlegen, die Brauch-
barkeit des Heeres für den Krieg wird dadurch nicht vermin-
dert. Bei unserer militärischen Ausbildung ist im hohen
Maße Gelegenheit zur Vereinfachung gegeben, es kommt die
Marschleistung und die Kriegsfähigkeit in Betracht und dafür
ist der langjährige Aufenthalt in der Kaserne belanglos.
(Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Auch nach Einführung der
zweijährigen Dienstzeit gibt es keinen angenehmeren und
sorgloseren Beruf, als den des Offiziers, (Hört, hört! bei den
Soz.) wenn Offiziere nervös werden, liegt es nicht am Dienst,
sondern an der Art der Befestigungen. Dem Auslande wür-
den wir imponieren, wenn wir die Herausziehung der Dienst-
zeit in Frankreich mit der Herausziehung bei uns beantworteten,
im Bewußtsein unseres militärischen Könnens und unseres
kulturellen Vorranges. (Beifall bei den Soz.) Will man
das nicht, so kann man, wenn man die Finanzkraft des Lan-
des nicht überspannen will, in aller Stille zur Ausbildung der
Ersatzreserve übergehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Um
die Cadres für den Kriegsjahr vollzählig zu halten, genügt
eine dreimonatliche Ausbildung der Ersatzreserve. (Hört,
hört! bei den Soz.) Das hat der Krieg von 1870 bewiesen.
Im Jahre der Jahrhundertfeier will ich auch darauf hin-
weisen, daß Preußens größte Heldentaten erkämpft sind mit
Truppen, die zum größten Teil aus sogenannten Krümpen
bestanden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Für die Kriegsbereit-
schaft ist vor allem wichtig auch die finanzielle Bereitschaft.
Man darf daher die Steuerkraft des Volkes nicht überspannen,
wie es bei uns jetzt schon der Fall ist. (Sehr wahr! bei den
Soz.) Eine weitere Überspannung muß zu Zuständen im
Reichshaushalt führen, die geradezu zur politischen Ohnmacht
führen. In unserem Militärwesen herrscht ein Aufwand, der
bei den auf dem Volke lastenden Steuern geradezu unverant-
wortlich ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Möglichkeit zu
Ersparnissen ist an vielen Stellen gegeben, bei den Rationen,
bei den mancherlei Zulagen der Generale. Für den Dienst
des Vaterlandes soll jeder sein Bestes hergeben, und nicht für
jede besondere Leistung eine besondere Zulage verlangen.
Repräsentationskosten passen nicht für eine Zeit, in der man
wegen der Militärlasten zu einer Vermögenskonfiskation
greift. Die Zahl der Flügeladjutanten sollte eingeschränkt
werden, die Auflösung des reichenden Feldjägerkorps ist schon
früher gefordert worden. Allein durch die Beseitigung aller
besonderen Aufwendungen für die Garde können Millionen
erspart werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Weitere Millio-
nen von Gehältern und Pensionen sind zu ersparen, wenn
alle überflüssigen Generalsposten verschwinden, wodurch die
Organisation der Armee nur gewinnen würde. Was für ein
Luxus mit Offizierspfeisanstalten und Diensthäusern getrie-
ben wird, zeigt die neue Forderung für die Dienstwohnung
des Chefs des Militärkabinetts. Es sollte mit allem Luxus
und Land bei den Offizieren gebrochen werden. Man braucht
nur einmal die bunten Uniformen der Kavallerie zu betrach-
ten. (Zuruf bei den Soz.: Sie sehen aus wie die Affen!)
Das ist nichts wie Spielerei und hat mit der Schlagfertigkeit
der Armee nichts zu tun; es belastet uns mit dem Flusse der
Lächerlichkeit und verzehrt die Steuerkraft des Landes. So-
lange der Militäretat in all diesen Beziehungen nicht einer
gründlichen Reform unterzogen wird, ist für mich die Be-
willigung jeder neuen Steuer für militärische Zwecke undis-
kutabel. (Hört, hört! bei den Soz.) Gewiß ist der Geist
unserer Armee ein guter, aber es sind eine Anzahl Mängel
vorhanden, deren Beseitigung wichtiger wäre, wie dieser
unnütze Rüstungswettlauf. (Sehr wahr! bei den Soz.)
Die Anforderungen an die wissenschaftliche Vorbildung
der Offiziere entspricht nicht den Ansprüchen
einer Nation von dem Bildungsniveau der unsrigen. Beim
Ersatz des Offizierkorps bleiben die jüdischen Mitbürger aus-
geschlossen. All solche Umstände erwecken die Frage, ob in
der Stunde der Gefahr an leitender Stelle die geeigneten Per-
sonen vorhanden sein werden. Der Geist eines Heeres ist ein
wichtiger Faktor für den Ausgang eines Krieges. Dieser
Geist ist auch abhängig von dem herrschenden Rechtsbeweisen im
Heere, und dies entspricht nicht den Rechtsanschauungen des
Volkes und den Anforderungen an eine unabhängige Recht-
sprechung. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Der Geist eines
Heeres wird auch bestimmt durch die in ihm lebenden sittlichen
und religiösen Kräfte, und (mit erhobener Stimme) da frage
ich den Reichstanzler, was er dazu sagt, wenn der Kriegs-
minister von dieser Stelle aus erklärt, ein Angehöriger des
Offizierstandes, der den Geboten Gottes und des Staates
gemäß das Duell verweigert, ist nicht mehr für die Armee ge-
eignet. Unser Intendanturwesen ist rückständig und gefährdet
die Schlagfertigkeit der Armee. (Hört, hört! bei den Soz.)
Der Verletzungsgrad ist ganz erschreckend. (Sehr wahr! links.
Zuruf rechts.) Auf Ihren (nach rechts) Beifall verzichte ich.
(Große Unruhe rechts. Lebh. Bravo! links.) Frankreich wird
diese Vorlage nicht nur durch die dreijährige Dienstzeit, son-
dern auch durch technische Verbesserungen weit zu machen
suchen, und die Einführung eines automatischen Gewehrs in
Frankreich würde uns zu derselben Maßnahme zwingen. Des-
senhalsiges Geheimnis ist auch, daß unser Artilleriematerial
den veränderten Bedingungen des Artilleriekrieges nicht mehr
entspricht. (Hört, hört! links.) Die Entwicklung des Luft-
krieges wird neue Hunderte von Millionen notwendig machen.
Dabei hat das deutsche Volk auch noch Kulturaufgaben zu er-
füllen, die in Zusammenhang mit dem Heereswesen stehen.
Heber die Hilfe der Veteranen hat den Dank des Vater-
landes nur in kleinen Neben erfahren. (Lebh. Sehr richtig!
links.) Diese Vorlage erschöpft die finanziellen Kräfte des
Reiches für den Augenblick und legt sie für viele Jahre hin-
aus lahm. Deshalb sehe ich ihr mit großen Bedenken gegen-
über. (Lebh. anhaltender Beifall bei den Soz. Anhaltendes
Zischen rechts.)

Bräuher Kriegsminister v. Heeringer: Wäre die
Kritik des Beredners nur zu wenigen Prozenten richtig, so
würde es ein die deutsche Armee schlecht. Ich kenne die Armee
aus, und ich weiß viele andere, und wir stehen auf einem an-
deren Standpunkte. (Lachen bei den Soz.) Der deutsche
Soldat leidet mehr wie der französische, aber nur weil er
besser ernährt und besser untergebracht wird. Die Offiziere
werden nicht zu reichlich bezahlt, Reichstümer hat noch kein
aktiver Offizier sammeln können. Die Durchführung der Or-
ganisationsveränderungen des Beredners würde Millionen er-
fordern. Beredner muß ich gegen die Behauptung, daß
unser Artilleriematerial schlecht ist. Im Krieg ist vor allem

die Disziplin notwendig, und um diese zu erreichen, braucht
wir eine längere Dienstzeit. Die Weglassung alles Brauch-
mäßigen ist in der deutschen Armee vollständig durchgeführt.
(Schallende Heiterkeit links.) Auf die Ausbildung der Ersatz-
reserve läßt sich die deutsche Heeresverwaltung nicht ein.
(Bravo! rechts.)
Bayrischer Militärbevollmächtigter W e n n i n g e r: Sätte
General Häußler die heute geäußerten Ansichten früher ge-
habt, so hätte er nie als Sachverständiger gegolten. (Lachen
links.) In bezug auf die Kavallerie hat er in seiner militäri-
schen Laufbahn nicht solche Einblicke gewinnen können, die
ein sachverständiges Urteil ermöglichen. Ich mußte das ge-
genüber der sogenannten Sachverständigkeit des Herrn Gene-
rals feststellen. (Vizepräsident D o v e: Hier sind die Herren
nur Abgeordnete!)

L a u r (Bayer. Bauernbund): Die Ausführungen des
Abg. Häußler bedauern ich, da sie im Ausland zu Mißver-
ständnissen Anlaß geben werden. — Der Redner verlangt
dann angesichts der Lasten der Vorlage auch Entlastungen
namentlich für die Landwirtschaft durch stärkeren Ent-
urlaub.
Reichstanzler v. B e t h m a n n - H o l l w e g: Meine
Ausführungen über den slavisch-germanischen Gegensatz sind
verschiedentlich mißverstanden worden. Ich habe vor dem
Schlagwort einer kommenden Auseinandersetzung zwischen
Slaventum und Germanentum entschieden gewarnt und wie-
derhole diese Warnung nachdrücklich. Das Schlagwort ver-
wechselt die panlawischen Strömungen mit der Zugehörig-
keit zur slavischen Rasse. Es ist schon deshalb unrichtig, weil
es zwischen uns und Rußland einen realen Interessengegen-
satz nicht gibt und es schädigt die Politik, die auf Erhaltung
eines nachbarlichen Verhältnisses zu Rußland gerichtet ist.
(Beifall.) Ferner hat ein Redner irrtümliche Darstellungen
über die Entstehung der Wehrvorlage ausgesprochen. Sie ist
weder vom Wehrverein veranlaßt, noch habe ich vor dem
Generalstab kapitulierte, ich habe mich von ihrer Notwendig-
keit aus politischen und militärpolitischen Gründen im No-
vember vorigen Jahres überzeugt. (Lebh. Hört, hört!)

Hiermit schließt die Debatte.
H ä u ß l e r (Ztr. Persönlich): Ich habe nicht eine In-
feriorität der deutschen Artillerie feststellen wollen, ich halte
die deutsche Artillerie für die beste der Welt. Entschiedene
Verwahrung lege ich ein gegen die Kritik meiner Fähigkeiten
als Abgeordneter durch den bayerischen Militärbevollmäch-
tigten. (Beifall links.)
Bayer. Generalmajor W e n n i n g e r: Ich bedauere aufs
tiefste im Namen des bayerischen Offizierkorps, daß der Abg.
Häußler Worte gesprochen hat, in seiner Rede, die ihren Bei-
fall nicht in der eigenen Partei gefunden haben. (Lebh. Oh!
im Ztr.), sondern auf der äußersten Linken. (Gr. Unruhe im
ganzen Hause, Sturm. Zurufe links.)
Vizepräsident D o v e: Die Debatte ist damit wieder er-
öffnet. Das Wort hat der Abg. Ledebour.
L e d e b o u r (SD.): In der wiedereröffneten Debatte
habe ich mir das Wort erbeten, um entschiedene Verwahrung
dagegen einzulegen, daß einer der Herren Militärbevollmäch-
tigten sich erlaubt, einem Abgeordneten hier Vorhaltungen
zu machen, in einer Form, die den Anschein erwecken mußte,
als ob ihm dadurch eine moralische Minderwertigkeit zuge-
sprochen werden sollte, deshalb, weil er auf irgend einer Seite
des Hauses, nicht bei seiner Partei, Beifall erhalten hat. (Mit
stark erhobener Stimme.) Das geht den Herrn Bundesrats-
bevollmächtigten gar nichts an! (Sturm. Beifall bei dem
größten Teil des Hauses.) Es sollte auf allen Seiten dieses
Hauses, bei allen Parteien soviel Selbstgefühl als Volksver-
tretung vorhanden sein, daß sie mir zustimmen müßten. (Er-
neuter Sturm. Beifall. Gr. Bewegung.)
Bayrischer Bundesratsbevollmächtigter W e n n i n g e r:
Nicht als Bundesratsbevollmächtigter, sondern als bayrischer
Offizier. . . . (Gr. anhaltender Lärm und Zurufe.)
Dr. F r a n k (SD.): Die erneute Erklärung des bayri-
schen Bundesratsbevollmächtigten ist die beste Illustration
dessen, was heute von verschiedenen Seiten gesagt ist über die
Annäherung militärischer Kreise. (Sturm. Zustimmung.) Ihre
Einmischung in das bürgerliche Leben, die nicht davor zurück-
schreckt, das Parlament zu terrorisieren. (Sturm. Zustimmung.)
Wenn die Worte des Bayrischen Militärbevollmächtigten
einen Sinn haben sollten, so konnte es nur der sein, daß dem
Abg. Häußler in seiner Eigenschaft als Mitglied des deut-
schen Heeres außerhalb dieses Hauses Schwierigkeiten ge-
macht werden. Wenn das nicht der Fall ist, war es wenigstens
der Sinn der Worte des Herrn Militärbevollmächtigten, daß
man in den Kreisen der Berufskollegen den Herrn Abg. Häuß-
ler herabsehen will. (Lebh. sehr richtig!) Ich weise diesen
Versuch, einzugreifen in die Selbstbestimmung des Parla-
ments, auf das energischste zurück und erwarte von dem Selbst-
bewußtsein aller Mitglieder des Hauses, daß sie sich unserem
Protest anschließen, um die Würde des deutschen Parlaments
zu wahren. (Sturm. Beifall auf den meisten Bänken des
Hauses, lebh. anhaltende Bewegung.)
Vizepräsident D o v e: Es meldet sich niemand mehr zum
Wort, die Debatte ist geschlossen. (Rufe h. d. Soz.: Das
Zentrum schweigt?)
Die Militärvorlage wird an die Budgetkommission ver-
wiesen.
Es folgt die Beratung der
Dedungsvorlagen.
Schatzsekretär K ü h n legt die Gründe dar, die gegen die
Ausbringung des einmaligen Bedarfs durch eine Anleihe
sprechen. Die wesentlichsten Bedenken gegen den Wehrbeit-
rag gehen dahin, daß die Leistungsfähigkeit zu wenig be-
rücksichtigt sei. Die Regierung ist vor allem davon ausgegan-
gen, daß der Wehrbeitrag möglichst einfach gestaltet sein
muß, damit er um so mehr den Charakter einer einmaligen
Opfergabe erhält. Daneben wird ein besonderes Besitztsteuer-
gesetz vorgeschlagen. In Betracht dafür kamen die verschiede-
nen Arten der Vermögens- und Erbschaftsteuer. Eine Erb-
schaftssteuer in der früher gedachten Form empfahl sich nicht,
weil es nicht geraten ist, den Erbschaft in eine Versammlung
zu werfen, deren möglichst einstimmige Zustimmung zu einem
großen Werk man erzielen will. Der Wehrbeitrag würde zu-
nächst hemmend. Ein Vermögen, das von einer solchen hohen
Abgabe betroffen war, kann man nicht unmittelbar hinterher
wieder besteuern. Dann hätte die Erbschaftsteuer den
Betrag auch nicht gedeckt. In ganzen wird durch die
Vorlagen eine Dedung für eine der größten Ausgaben vorge-
schlagen, ohne an den finanziellen Grundlagen des Reiches
und seinem föderativen Charakter zu rütteln und ohne die
breiten Massen mit neuen Steuern zu belasten.
Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf
Donnerstag 1 Uhr.
Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.
Deutschland.
Die „Christlichen“ Junfer.
Unsere Agrarier triesen bekanntlich von Frömmigkeit;
jedenfalls tragen sie eine christliche Maske zur Schau und
wollen besonders „dem Volke die Religion erhalten“.
Freilich, kosten darf ihnen die Geschichte nichts. Im Re-

gierungsbezirk Gumbinnen besteht die Bestimmung, daß die Agrarier sich verpflichten müssen, die Hüttenkneben mindestens zweimal im Monat an dem öffentlichen Gottesdienst teilnehmen zu lassen. Der „Landwirtschaftliche Zentralverein“ zu Insterburg hatte beantragt, diese Bestimmung aufzuheben!! Die Regierung hat das aber abgelehnt. Sie antwortet den Agrariern, es unterliege Bedenken, die Bestimmung aufzuheben, weil dies in kirchlich gesinnten Kreisen Anstoß erregen würde! Kirchlich gesinnte Kreise hatten ja aber gerade gefordert, den Hüttenkneben zwei Sonntage im Monat zum Besuch des Gottesdienstes nicht freizugeben. Oder rechnet die Regierung die Junker nicht mehr zu den „kirchlich gesinnten Kreisen“? Bezeichnend ist hier die Begründung der Regierung. Nicht, weil die Kinder den Sonntag notwendig zur Erholung brauchen, nicht, weil hier ein dringendes Ruhebedürfnis vorliegt, wird den Hüttenkneben die winzige Sonntagsruhe gewährt, sondern weil die Befreiung der Bestimmung — „Anstoß in kirchlichen Kreisen erregen würde.“

Dann hatte der Landwirtschaftliche Zentralverein gefordert, die Hüttenkneben in der Zeit von 10 bis 1 Uhr mittags, also wenn sie sich bereits müde gearbeitet haben, an dem Schulunterricht teilnehmen zu lassen. Auch das hat die Regierung abgelehnt. Sie antwortet den Junkern, der Unterricht würde bereits um 11, bezw. 12 Uhr geschlossen, und es sei von den Lehrern nicht zu verlangen, daß sie, nachdem sie 4 oder 5 Stunden gegeben, noch in einer oder zwei Stunden den Hüttenkneben besonderen Unterricht erteilen. Außerdem würde ein Unterricht von 10 bis 1 Uhr für die Hüttenkneben nur wenig Gewinn und geringe geistige Förderung bringen, da sie nach mehrstündiger Arbeitszeit müde und abgespant sein!!

Man sieht, die Junker sind nicht nur echt christlich, sondern auch echt menschenfreundlich.

Die echt katholische Brüderlichkeit.

Pfarrer Nieborowski, der Herausgeber des „Katholischen Deutschland“, hatte in einer de- und wehmütigen Abbitte vor Gericht geloben müssen, nie wieder ein scharfes Wort gegen den Zentrumsführer Dr. Porzich und seinen schwarzen Generalstab zu schreiben. Nachdem aber jetzt Herr Porzich wieder als Landtagskandidat in Oslag aufgestellt ist, wagt sich der streitbare Pfarrer wieder heraus und apostrophiert seinen Glaubensbruder wie folgt: „Wenn uns das Wahlkomitee hier im Oslager Lande einen Herrn Dr. Porzich präsentiert, der unseren verdienten Abgeordneten Graf Oppersdorff „abgelägt“ hat, der einen Priester trotz päpstlicher Verordnung vor Gericht gezerrt hat, so ist das ein starkes Stück. Herrn Dr. Porzich in Ehren, aber für uns päpstliche Katholiken der Grafschaft paßt er wie der Storch als König der Frösche!“

Damit nur aber der Pfarrer nicht aufs neue vor den Kadet gezerrt wird, erklärt er in der Beilage des selben Blattes, daß diese Notiz „nur durch ein Versehen der — Segerei ins Blatt gekommen sei!“ Die Herren Jesuiten können also auch sehr plump sein.

Aus der Partei.

Preussische Landtagswahlen. Dem Wahlkampf sollen zwei Broschüren dienen, die soeben im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Paul Singer, G. m. b. H. Berlin SW. 68 erschienen sind. Die eine ist besonders der Agitation unter den Frauen gewidmet. Sie führt den Titel „Die Frauen und der preussische Landtag“ und ist von der Genossin Mathilde Wurm verfaßt. Der Preis ist 30 Pfg. Organisationen wird eine Ausgabe auf geringerem Papier zu einem ganz billigen Preise geliefert. — „Bedruff zur Preussischen Wahl“ ist der Titel der anderen Broschüre, die folgende Kapitel in populärer Weise behandelt: Rüstungskampf und Landtagswahl. — Wo steht der Feind? — Preußen und das Reich. — Das preussische Wahlrecht. — In welchen Früchten sollt Ihr sie erkennen! — Das preussische Herrenhaus. — Regierung und Verwaltung. — Reaktion überall! — Auf zum Kampf! — Der Preis der Broschüre ist 10 Pfg. Organisationen wird eine Ausgabe ohne Umschlag zu ganz billigen Preis geliefert. Beide Broschüren sind zur Massenverbreitung bestimmt. Sie werden bei der Agitation gute Dienste leisten.

Preßprozeß. Wegen Beleidigung eines adeligen Rittersgutsbesizers wurde Genosse Kilian, der Verantwortliche unseres Kasseler Parteiblattes, zu 40 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das „Volksblatt“ hatte einer Korrespondenz Raum gegeben, in der einigen Arbeitern der Vorwurf wenig mannhaften Benehmens gemacht wurde, weil sie an Kaisers Geburtstag vor dem Rittergutsbesitzer ihres Dorfes, einem Obersten a. D., stramm gestanden hätten, vor demselben Manne, der sie für wenig Geld und viel gute Lehren ausbeute. Der Gutsbesitzer hat kürzlich die Tagelöhne seiner Waldarbeiter von 2,50 auf 2.— Mk. herabgesetzt. Weiter hieß es in dem Artikel, die Kriegervereiner zeigten sich gewiß dankbar dafür, daß der auf einem selbständigen Gutsbezirk wohnende Oberst a. D. ihnen das Zahlen von 28 Prozent Gemeindesteuern überlasse, während er aber die Gemeindegewerke, deren Unterhaltung eine ganze Menge Geld koste, stark benehze. Trotzdem die Behauptung ergab, daß die Behauptungen des „Volksblattes“ genau den Tatsachen entsprachen, erfolgte Verurteilung auf Grund des § 185 des Str. G. B.

Die örtlichen Verhandlungen im Baugewerbe

Haben in der letzten Woche ihren weiteren Verlauf genommen. Aus dem Resultat lassen sich Schlüsse für die endgültige Erledigung der umfangreichen Bewegung zurzeit noch gar nicht ziehen, dazu sind sie zu verschieden und im Verhältnis zu der Zahl der zur Verhandlung stehenden Tariforte noch zu gering. In einigen Tariforten haben die Unternehmer Angebote gemacht, aus denen sich schließen läßt, daß die Unternehmer an einer Wiederholung des Kampfes von 1910 gar keinen Gefallen finden und es viel lieber sehen, wenn sie sich mit den Arbeitern am Orte friedlich und schiedlich verständigen können. In anderen Orten wieder, zum Teil sogar in ganzen Landesteilen, halten die Unternehmer mit jeglichem Angebot zurück, oder ihre Angebote halten sich in so niedrigen Grenzen, daß darauffin unmöglich eine Verständigung erzielt werden kann. In einer Anzahl größter Tariforte und in Westfalen, wo Bezirkstarife bestehen, sind die Verhandlungen erst kurz vor dem Ablaufstermin der Verhandlungsfrist oder gar erst nach diesem Termin angehängt, sobald eine völlige Uebersticht vor dem 20. April herbeigeführt zu bekommen ist. Die Verhandlungen in der letzten Woche brachten folgende Ergebnisse:

In Ostpreußen für Wehlau 6 Pfg. Lohnerhöhung für Maurer und Hilfsarbeiter auf die Vertragsdauer. In Allenstein, Gumbinnen, Seilsberg, Insterburg, Ragnit, Rastenburg und Tilsit 5 Pfg. für Maurer und 6 Pfg. für Hilfsarbeiter. In Labiau, Bartenstein und Schippenbeil 5 Pfg. für Maurer und Hilfsarbeiter. In Pillkallen, Stallupönen und Tapiau für Maurer 5 Pfg. In Memel 4 Pfg. und in Heidekrug 2 Pfg. für Maurer. In Labiau Arbeitszeitverkürzung 6 Stunden pro Woche; in allen anderen Orten 1 Stunde. In den meisten Orten ist eine Verständigung erzielt.

In Posen ist in der Stadt Posen selbst für Maurer 5 Pfg., für Hilfsarbeiter 7 Pfg. und für Patentbedenarbeiter ein Ausschlag von 3 Pfg. pro Stunde geboten. Verständigung ist erzielt. In Samter, Schrimm und Schröda boten die Unternehmer für die letzten beiden Vertragsjahre 3 Pfg. In Dobornik bieten die Unternehmer bei einer Verkürzung der Arbeitszeit von 3 Stunden pro Woche 4 Pfg. Lohnerhöhung. Dafür soll aber das Landgeld fortfallen, wodurch für die Arbeiter eine Lohneinbuße eintreten würde, die im einzelnen Falle von 30 Pfg. bis zu 1,20 Mk. in der Woche ausmachen würde. Einigung ist nicht erzielt.

In Pommern wurde für Utdamm, Fidichow, Garz a. O., Greifenhagen, Greifswald, Hobejud, Pölitz und Stralsund verhandelt. Angeboten wurden nur für Greifswald und für Stralsund 3 Pfg. für Maurer und 2 Pfg. für Hilfsarbeiter. Aus einigen Orten waren die Unternehmer überhaupt nicht erschienen, sodas überhaupt nicht verhandelt werden konnte. Vielleicht sind die „Herren im Hause“ durch die Drohung des Pommerischen Bauherrenverbandes davon abgehalten worden, zu erscheinen.

In Schlesien wurde für Zeitzberg und Militsch 2 Pfg. für die letzten beiden Vertragsjahre geboten. In Oels für 1914 1 Pfg. und in Kreuzburg für 1915 1 Pfg. In Ramslau 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung und als Ausgleich dafür 1 Pfg. Lohnerhöhung. In Breslau und Glatz nichts!

Im Brandenburgischen sind nur in Küstrin und Neudamm Angebote gemacht von 3 Pfg. für die Vertragsdauer. In den übrigen Orten, in denen verhandelt worden ist, lehnen die Unternehmer jede Lohnerhöhung ab.

In der Provinz Sachsen ist zunächst in Magdeburg eine Verständigung erzielt worden, nachdem die Unternehmer ihr früheres Angebot von 4 auf 5 Pfg. vervollständigt haben. In Halle lautet das Angebot auf Arbeitszeitverkürzung auf 1/2 Stunden für 1914 und 3 Pfg. Lohnausgleich. Für das Landgebiet Halle werden im zweiten und dritten Vertragsjahre 1 und teilweise auch 2 Pfg., vereinzelt auch 4 Pfg. Lohnerhöhung geboten. In Bernburg 4 Pfg. für Maurer; in Calbe 3 Pfg. für Maurer und Hilfsarbeiter; in Dessau, Seeligen, Schönebeck und Staßfurt 4 Pfg.

In Thüringen ist in dem Hauptort Erfurt kein Angebot erfolgt, weil die Unternehmer, wie sie in der Verhandlung erklärten, nicht mit der Arbeitszeitverkürzung gerechnet haben. In Apolda, Kahla und Saalfeld wurde ebenfalls nichts geboten. In Jena 3 Pfg.; in Blankenburg a. d. Schw. und in Rudolstadt 2 Pfg. vom Jahre 1914 ab.

In Mitteldeutschland, im Frankfurter, Kasseler und Mainzer Gebiet sind für folgende Orte Angebote gemacht: Aschaffenburg, Lohr a. M., Kassel, Darmstadt, Gießen, Grohauheim, Mühlheim a. M. und einigen Vororten von Frankfurt a. M. 1 Pfg. In Frankfurt a. M. und Mainz 2 Pfg.; in Hanau 4 Pfg.; in Wiesbaden 1/2 Pfg. für die Vertragsdauer. In 14 Orten ist überhaupt nichts angeboten, darunter sind Städte wie Homburg, Höchst a. M., Friedberg, Bad Nauheim usw.

Im rheinisch-bergischen Gebiet wurde bisher in Barmen und in Düsseldorf verhandelt. Im ersten Orte lehnten die Unternehmer für das Gebiet jede Arbeitszeitverkürzung sowie jede Lohnerhöhung ab. In Düsseldorf wurde eine „kleine“ Lohnerhöhung in Aussicht gestellt.

In der Provinz Hannover sind von 15 Verhandlungsorten für 4 Angebote gemacht worden und zwar in Schneverdingen 6 Pfg.; in Lauterberg a. S., wo seit dem Oktober vor. Jahres ein Streik besteht, 4 Pfg.; in Soltau 3 Pfg. und in Winsen a. d. L. 2 Pfg.

Für Bremen wurden angeboten 5 Pfg.; für Bremerhaven 4 Pfg. und 4 Pfg. Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung; dasselbe in Ruzhagen. Für Achim 6 Pfg., für Brinkum und Wildeshausen 3 Pfg.

In Mecklenburg sind geboten für Rostock-Warnemünde 3 Pfg. für Maurer und Hilfsarbeiter. Für Kröpelin und Riebnik 3 Pfg. für Maurer und 1 Pfg. für Hilfsarbeiter. Für Sülze und Tessin 3 Pfg. und für Doberan 2 Pfg. nur für Maurer.

Im Königreich Sachsen ist für Chemnitz die 9/10stündige Arbeitszeit und 8 Pfg. Lohnerhöhung inkl. Ausgleich geboten. Für Mittweida 7 Pfg., für Flöha, Frankenberg, Leisnig, Hainichen, Oederan und Kötzschen 6 Pfg., für Döbeln und Waldheim 5 Pfg., für Borna, Wegau und Rötha 3 Pfg.

Im Fränkischen sind in Bayreuth 6 Pfg. vereinbart, in Hof, Marktredwitz, Schönwald, Schwarzenbach, Selb und Rehau 2 Pfg. für die letzten beiden Vertragsjahre geboten. In Kirchenlamitz und Oberkotzau sogar 1 Pfg.

In Südbayern ist für Mibling, Lauffen, Wiesbach, Reichenhall, Rosenheim, Schliersee, Traunstein und Wasserburg verhandelt worden. Resultat: Angebot nichts. Forderung der Unternehmer: Verschlechterung der bisherigen Zustände.

Im Badischen und in der Pfalz resp. im Saargebiet scheinen die Unternehmer gegenseitig verpflichtet zu sein, keine Angebote zu machen. Als Verhandlungsorte für Baden waren vereinbart: Freiburg i. B., Heidelberg und Karlsruhe. Die Unternehmer haben jedes Zugeständnis abgelehnt. Ähnlich haben sich auch die Unternehmer in Birmasens, St. Jürgert und Zweibrücken gestellt. Nur in Homburg boten die Unternehmer 4 Pfg. Lohnerhöhung an.

Neben der großen Bewegung der Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter läuft auch die Lohnbewegung der Gipser und Stukkateure. Die Verhandlungen werden für diesen Beruf gesondert geführt und sind entweder zentral für bestimmte Landesteile oder nach Bezirken geordnet. Bisher sind erledigt in Baden Karlsruhe mit 5 Pfg. Lohnerhöhung und 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung. Dasselbe ist in Freiburg durch Schiedspruch festgelegt, nur mit dem Unterschied, daß die Arbeitszeitverkürzung in Freiburg erst im nächsten Jahre eintritt. In Pforzheim tritt eine Arbeitszeitverkürzung von 1 Stunde täglich ein, die auf dieses und nächstes Jahr verteilt wird, und eine Lohnerhöhung von 6 Pfg. In Württemberg sind die Städte Heilbronn, Reutlingen und Stuttgart mit einer Lohnerhöhung von 6 und 7 Pfg. erledigt. Tübingen bekommt 6 Pfg., Ehlingen, Göppingen und Ulm 5 Pfg. Lohnerhöhung.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Verhandlungen im Malergewerbe gecheitert! Da die Unternehmer im Malergewerbe auf der Herab-

setzung der in den bisherigen Schiedsprüchen vorgesehene Lohnerhöhungen auf 3 Pfennig bestanden, sind die neuen Verhandlungen gescheitert.

Beendigte Mühlenarbeiterstreik. Die Mühlenarbeiter der Firma Sinner in Grünwinkel (Baden) haben nach vier-tägigem Streik einen vollen Erfolg erzielt. Der auf zwei Jahre abgeschlossene Vertrag brachte eine Lohnerhöhung von 30 Pfg. pro Tag sofort und 20 Pfg. am 1. April nächsten Jahres. Während der Tarifdauer erhöht sich der Lohn um mindestens 1,20 Mk. pro Woche. Schichtarbeiter erhalten eine besondere Zulage; auch im Urlaub und in sonstigen Fragen treten Verbesserungen ein. Sämtliche Streikenden nahmen nach Erledigung der Differenzen die Arbeit wieder auf. Die Hamburger Lieferanten von Hingebürden hatten auch hier ihre Hilfe angeboten. Sie haben nichts zu tun bekommen; ihre vorjährigen Rastatter Spuren schrelen.

Die geeinte Kampforganisation des Unternehmertums. Die „Post“, das Organ der Scharmacher, weiß über den Zusammenbruch der beiden bisherigen Zentralorganisationen der Unternehmer zu einer „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ noch zu berichten: „Mit dieser Zusammenlegung wird der Schlusstein in der Entwicklung der deutschen Arbeitgeberverbände gelegt. Die beiden zentralen Organisationen bestanden seit dem Jahre 1904 nebeneinander und hielten sich an Stärke ungefähr die Waage. Bisher waren sie durch einen Kartellvertrag verbunden, nunmehr ist an Stelle dessen eine völlige Vereinigung getreten. Dadurch werden die Abwehrbestrebungen der deutschen Arbeitgeberverbände auf eine einheitliche Grundlage gebracht. Die Satzungen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die durch eingehende Vorverhandlungen festgelegt waren, wurden in der gründenden Versammlung einstimmig angenommen. Es wurde beschlossen, die neue Vereinigung sofort in Wirksamkeit treten zu lassen. Daher bildete sich am gleichen Tage der vorläufige Vorstand der neuen Vereinigung und wählte aus seiner Mitte zum ersten Vorsitzenden Fabrikbesitzer Garrens-Hannover und zum zweiten Vorsitzenden Landrat a. D. Mölger-Berlin. Die Geschäftsführung wurde an Syndikus Dr. Länger-Berlin übertragen.“ — Der Zusammenschluß der Unternehmer zu einer einheitlichen Kampforganisation, die gegen die Arbeiterorganisationen gerichtet ist, sollte die christlichen und sonstigen abseits stehenden Arbeiter veranlassen, alle Sonderbündelet zu befeitigen und sich in der sozialdemokratischen Partei und in den freien Gewerkschaften ebenfalls zu einer einheitlichen Organisation als Antwort an das Unternehmertum zusammenschließen.

Haussuchung in Gewerkschaftsbureaus. Das Gauvorstandes- und das Zahlstellen-Bureau des Fabrikarbeiterverbandes in Dresden wurde am Sonnabend auf Befehl des Marienberger Amtsgerichts von einer Haussuchung betroffen. Zwei Kriminalbeamte erschienen unter Mithilfe eines Schreibmaschinenfräuleins, gingen in das Bureau der Zahlstelle, und drei Kriminalbeamte in das Bureau des Gauvorstandes. Und das Aufgebot dieser Polizeimacht erfolgte, um nach dem Manuskript eines Zirkulars zu suchen, das an in der Marienberger Gegend beschäftigte Fabrikarbeiter gesandt worden war. Durch dieses Zirkular fühlte sich der Papierfabrikant Pilz in Niederschmidberg beleidigt. Es ist anlässlich dieses Eingreifens von Gericht und Polizei zugunsten der angeklagten durch ein Zirkular verletzten Ehre eines Papierfabrikanten vielleicht nicht uninteressant, zu wissen, daß der Papierfabrikant Pilz auf eine Anzeige der Gauleitung des Fabrikarbeiterverbandes hin Ende des vorigen Jahres zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, weil er längere Zeit hindurch Kind er in seiner Holzschleiferei beschäftigt hatte. Außerdem mußte er Anfang dieses Jahres 5 Mk. Geldstrafe zahlen, weil er im vorigen Jahre entgegen der gesetzlichen Bestimmungen einen jugendlichen Arbeiter täglich über 10 Stunden beschäftigt hatte. Die Vergehen des Unternehmers wurden also sehr milde beurteilt. Um so schneidiger geht nun aber die Behörde in Marienberg gegen eine Arbeiterorganisation vor, die im Verdacht steht, der Ehre eines Unternehmers zu nahe getreten zu sein. Da entwickelt sie einen rühmenden Eifer und läßt gleich fünf bis sechs Personen anrücken, um die Sühne für solche Missetat zu ermöglichen. Ja, in Sachsen . . . !

Kommunales.

Zweckverband Groß-Berlin. Die Zweckverbandssammlung von Groß-Berlin genehmigte am Montag den Haushaltsplan für 1913, deren Einnahme und Ausgabe mit 241 558 Mk. abschließt und erledigte eine Reihe kleinerer Vorlagen, auch das Abkommen mit der Stadt Spandau wegen Sicherung von Freistücken. Alle hierzu, teils von den Sozialdemokraten, teils von den Vertretern Charlottenburgs gestellten Abänderungsanträge, die darauf hinausliefen, den Interessen des Verkehrs, der Gesundheit und der Wohnungsfürsorge mehr Rechnung zu tragen, als das Abkommen es vorsieht, wurden rundweg abgelehnt. Sehr rücksichtlos zeigte sich die Verbandssammlung auch bei der Prüfung der Wahl des Räumers Boeck als Vertreter für Berlin; da er zur Zeit der Wahl in Berlin noch nicht das Bürgerrecht besaß, wurde seine Vertretung für ungültig erklärt.

Aus dem Gerichtssaal.

Empörende Soldatenschinderei bei der 5. Kompanie des 1. Garderegiments in Potsdam wurden vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Division erörtert, vor dem sich der Unteroffizier Konrad Günther wegen fortgesetzter vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen und Mißbrauches der Dienstgewalt verantworten mußte. Bei einem Vorappell mit Litewken äußerte Günther zu einem Gefreiten: „Ich will mich mal ordentlich mit den Leuten amüßieren.“ In der acht Meter langen Stube ließ Günther seine Korporalschaft 30- bis 50mal hin- und herlaufen. Dem Rekruten Bruchmüller befahl er ganz zwecklos, einen Eimer Wasser zu holen. Br. sank in die Knie und flehte „Herr Unteroffizier, ich kann nicht mehr!“ Das rührte aber den Angeklagten nicht. Br. mußte nun Knie- und Kumpfbunge machen und sich dann mühsam frischschleppen, um Wasser zu holen. Mit einem schweren Eimer Wasser langte Br. auf der Stube an und fiel dann bewußtlos zur Erde. Er war starr und steif und wurde von den Kameraden ins Bett gebracht. Später schaffte man Br. ins Lazarett. Dem Soldaten Bruchmüller wurde das beste Zeugnis ausgestellt. Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten wegen fortgesetzten Mißbrauches der Dienstgewalt und vorschriftswidriger Behandlung Untergebener zu 24 Tagen Mittelarrest. — Wenn man mit diesem Erkenntnis die Schreckensurteile gegen gemeine Soldaten vergleicht, wovon wir erst kürzlich wieder zwei Proben gebracht haben, so wird man zugeben, daß unsere Militärjustiz die schlechteste vollkommenste ist — für den Klassenstaat!

Zum Tode verurteilter Polizeibeamter. Das Schwurgericht Göttingen verurteilte den Polizeibeamten Komahn, der seine Frau in die Weseer hineinstürzte und dadurch ihren Tod herbeiführte, zum Tode. Komahn behauptet, seine Frau habe sich in selbstmörderischer Absicht selbst in die Weseer gestürzt.

Soldatenquartier. Die Strafkammer in Trier befand sich als Berufungsinstantz mit einem Artikel der ultramontanen „Wetziger Volkszeitung“, die beschrieben hatte, wie der Schichtdirektor Hauff in Wetzlar (Saar) gelegentlich einer Einquartierung 5 Soldaten untergebracht hatte. Das Schöffengericht hatte den Redakteur zu 50 Mk. Strafe verurteilt, da der Wahrheitsbeweis nicht erbracht sei. Tatsächlich aber wurde durch die Zeugenvernehmung folgendes bewiesen, das umso befremdlicher anmutet, als der Schichtdirektor Vorliegend der nationalliberalen Vereins in Wetzlar ist. Der Direktor selber erklärte, der Raum sei als Kantine für die Soldaten, von ihm zur Unterbringung von Holz, Leinen, Mätschen usw. benutzt worden, auch habe er mal eine Henne darin untergebracht und in die Tür ein Loch schneiden lassen, damit der Hund gelegentlich dort einen Unterschlupf finden könne. Bei schlechtem Wetter habe er auch mal die Stühle dort gesteckt. Für die Soldaten habe er den Raum reinigen, mit Stroh, Decken, Kissen, Teppichen, Tisch und Stühlen versehen lassen; daß die Soldaten darüber geklagt haben, daß es durchregne, gibt der Direktor zu. Die Soldaten bekunden, daß sie von Ungeziefer (Staubläuse seien es wohl gewesen) gebissen worden sind; auf dem Boden hätten Federn gelegen; mehrmals hätten sie die Stühle hinauszuziehen müssen. Der Boden des Raumes sei eine Kiesdecke, die außerhalb des Teppichs bloßgelegen habe. Es habe durch eine schadhafte Stelle durchs Dach geregnet. Ein Mitarbeiter erklärt, es habe nachts auf ihn geregnet, so daß er nicht habe schlafen können. Trotz alledem riet der Vorsitzende dem Redakteur, die Berufung zurückzunehmen, was dieser unbegründeterweise tat, mit dem Bemerkten, daß die Aussagen der Zeugen jetzt weniger günstig seien, als in der ersten Sitzung; auf welche Einflüsse das zurückzuführen sei, wisse er nicht.

Wegen Kupferei verurteilt. Ein sehr bedenkliches Urteil ist von der Karlsruher Strafkammer gefällt worden. Genosse Willi, Landtagsabgeordneter, und seine Frau wurden wegen Kupferei zu drei, beziehungsweise fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Sie sollen den intimen Verkehr ihrer Tochter mit einem Beamten geduldet haben, der das Mädchen jedoch heiratete. Auch den Sohn sollen sie schlecht beaufsichtigt haben, so daß er ähnliche Wege ging. Der Vater wies vor Gericht nach, daß er trotz seiner Arbeitsüberlastung Sohn und Tochter wiederholt energisch verwarnt habe; trotzdem erfolgte seine Verurteilung. Allgemein nimmt man wohl an, daß Kupferei erst dann vorliegt, wenn die Eltern die Tochter einem Fremden oder gegen Entgelt überlassen, aber nicht, wenn sie schließlich nicht mit der ganzen Rigorosität gegen ein Liebespaar einschreiten. Die Praxis, die das Gericht in obigem Falle geübt hat, läßt überhaupt jede Grenze für die Anwendung des Kupfelparagrafen schwinden.

Aus Nah und Fern.

Eiferuchtsdrama? Am Sonnabend teilte die 30jährige Frau Martini in Wilmersdorf der Polizei mit, daß sie den 35jährigen Gutbesitzer Kulow, dem sie die Wirtschaft führte, in seinem Schlafzimmer tot aufgefunden habe. Der Befund ergab, daß der Tod durch Erschießen eingetreten war. Da keine Unhaltspunkte für ein Verbrechen vorlagen, wurde Selbstmord des Mannes angenommen. Frau Martini erklärte diese Annahme durch Meinungen über zerrüttete Vermögensverhältnisse. Nachträgliche Einläufe bei der Polizei verdächtig die Frau, daß sie Kulow aus Eifersucht erschossen hat. Frau Martini ist festgenommen worden; sie leugnet die Tat. Die Witwe, mit der Kulow den tödlichen Schlag erhalten hat, war tags zuvor von der Frau auf dem Balkon eingestürzt worden.

Ein Unzufriedener hingerichtet. Im Dortmund-Dort-Gebirge wurde der 30jährige Arbeiter Schwedenski erschossen worden, der am 19. August gemeinsam mit dem Arbeiter Schumann den Schmelzergesellen Leffel in einem Wäldchen bei Dortmund ermordet und beraubt hat. Nachher war bei Vernehmung der Tat noch nicht 15 Jahre alt; er wurde hingerichtet zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Opfer der Wasserkatastrophe. Der Korrespondent der „Reinischen Zeitung“ in Columbus telegraphiert: Meine Reise durch das Mittelwest hat mir gezeigt, daß der Gesamtbestand von überwältigender Größe in drei Milliarden Wirt sind kaum zu hoch geschätzt. Im Durchschnitt sind allein 30 Städte und Dörfer sowie zahllose Wirtschaftsbetriebe durch Wasser zerstört. Die Zustände Dantons Herrschaft an Größe alle Verhältnisse. Bedauerlich ist, daß gerade im Chicago-Gebiet und in den Seitengebieten die deutsche Element außerordentlich zahlreich vertreten ist. Der Wasserstand ist heute noch schwer durchführbar. Wegen der unermesslichen Gegend und der fortgeschrittenen Praxen sind die Flüsse nur auf Umwegen zu befördern. Als Hauptursache der Katastrophe wird der letzte dreiwöchige Regenbruch genannt.

Mysteriöser Vorfall. Am 22. Oktober 1912 wurde der 15jährige Gymnasiast Ernst Tiemann, der bei seiner Mutter in Charlottenburg wohnte, erhängt aufgefunden. Die Obduktion ergab den Tod durch Erhängen. Die Leiche wurde dann zur Beerdigung freigegeben. Die Familie gab sich jedoch damit nicht zufrieden, da nicht der geringste Anhalt für den Selbstmord des sonst so lebenslustigen Knaben vorlag und nahm einen Privatdetektiv in ihre Dienste. Gestalt wurde das 19jährige Dienstmädchen Elise Heinrich verhaftet, das damals bei Tiemann in Stellung war. Sie hatte damals mit dem Schlosser Schulz-Charlottenburg ein Liebesverhältnis und versuchte auf sein Drängen einen Diebstahl in der Tiemannschen Wohnung, wobei sie von dem Knaben überrascht wurde. Schulz hat den Knaben dann erwürgt und aufgehängt. Der Mörder ist noch nicht ermittelt worden. — Zur Ermordung des Obersekundars Tiemann-Charlottenburg werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der von der Familie mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragte Detektiv Schwarz reiste nach Kummelsburg in Pommern, wohin sich das Dienstmädchen von Tiemanns, Elisabeth Heinrichs, die dort zu Hause war, begeben hatte. Schwarz machte sich mit dem Mädchen bekannt und verlobte sich mit ihr unter der Maske eines Rentners. Ende April sollte die Hochzeit sein. Da erhielt Schwarz einen von ihm bestellten Brief eines angeblichen Freundes aus Berlin, der ihn warnte, sich mit der Heinrichs zu verheiraten, da sie verdächtig sei, Tiemann ermordet zu haben. Schwarz verlas vor dem Mädchen den Brief und sagte, sie möchte alles beichten, er werde sie dennoch heiraten. Anfangs wollte das Mädchen nicht mit der Sprache heraus. Sie bequeme sich aber dann zu einem vollen Geständnis. Am nächsten Tage wiederholte sie ihr Geständnis im Beisein eines Polizeibeamten, der hinter der Tür stand. Daraufhin wurde sie verhaftet und dem Gericht zugeführt.

16 000 Todesopfer bei einem brasilianischen Eisenbahnbau. Das italienische Auswanderungsamt gibt der Presse bekannt, daß eine nordamerikanische Gesellschaft unlangst eine Eisenbahnlinie durch die Staaten Mato Grosso und Amazonas in Brasilien längs der Flüsse Madeira und Mamore fertiggestellt hat. Die Arbeiten fanden unter so ungünstigen klimatischen und allgemeinen Bedingungen statt, daß von den ersten 300 angeworbenen Arbeitern, die sämtlich Deutsche waren, nicht ein einziger am Leben blieb. Die Regierung des Deutschen Reichs mußte damals eingreifen, um weitere Einschiffungen nach dem Unglücksort zu verhindern und für die Heimfahrt der in Brasilien bereits Angekommenen sorgen. Diese Aufgabe wurde damals auch von dem italienischen Auswanderungsamt bekanntgegeben, ohne aber daß es gelungen wäre, die heimliche Anwerbung neuer Arbeitskräfte in Italien zu verhindern. So sind weiter zahlreiche Auswanderer am gelben Fieber und an der Malaria zugrunde gegangen: im ganzen gibt der Bericht die Zahl der Todesopfer für den Bau einer Strecke von 330 Kilometer auf 16 000 an, ungerade derer, die krank die Arbeit verließen, um in den Hospitälern der umliegenden Städte zu sterben. Dieselbe Aktiengesellschaft, die diese heftigen Verluste auf dem Gewissen hat, schickt sich jetzt an, auf dem bolivianischen Gebiete am linken Ufer des Flusses Marmore eine neue Linie zu bauen. Das Amt hat in Erfahrung gebracht, daß eine Massenwerbung in Italien bevorsteht, und fordert daher alle italienischen Behörden auf, mit jedem gesetzmäßigen Mittel den Agenten der Gesellschaft entgegenzutreten.

Folge eines Absturzes in der Kletter-Lichte auf dem Flugplatz Gellertstr. tödlich verunglückt.

Die Hilfsexpedition für Spitzbergen. Das Blatt Tidens Teg meldet aus Spitzbergen, 8. April: Die Expedition Staryud ist jetzt marschfähig. Staryud ging heute hier mit 16 Hundern, fünf davon von Green Harbour, ab. Voller Schnee verzögert das Vorwärtkommen. Die sämtliche Hunde frisch sind, kommt er trotzdem schnell vorwärts. Die Expedition geht die Innenseite der Adventbay entlang, um mit der aus der Wydebay angekommenen ein Zusammenreffen zu ermöglichen. Morgen früh geht der Rest der Expedition mit sämtlichen 20 Kennstieren ab. Beide Expeditionen vereinigen sich vor der Adventbay und wenden sich dann nordwärts. Die „Hertha“ war gestern segelfertig. Der Sturm trieb jedoch das Eis im Fjord gegen Green Harbour, so daß das Schiff nicht hinauskauf. Wenn die Kälte andauert, friert das Schiff ein.

Panik. Im Circus Carré, der in Neudöln Vorstellungen gibt, ist von sechs vorgeführten Werdern eines in das Publikum gesprungen. Bei der dadurch entstandenen Panik sind etwa 30 Personen verletzt worden.

Wetten Sie? — Yes! Im Fremdenstalon eines fashionablen Neuperker Hauses der Faulenzer — irrtümlich Palasthotel genannt — sitzen auf weichen Fauteuils zwei smarte Gentlemen — ein älterer und ein jüngerer — und gähnen. . . . Das Leben wird einem bitter langweilig, wenn die einzige Beschäftigung in ständigem schwerem Nichts-

ten besteht. Da fragt der ältere Mister den jüngeren: „Wissen Sie nicht, lieber Gentleman, wieviel die Uhr ist?“ — „Yes!“ — antwortet der Befragte — wollen wir aber wetten!“ In der Welt der oberen paar Tausend wird bei jeder Gelegenheit gewettet. Mütter wetten mit Kindern, alles wettet, nur nicht Säuglinge mit ihren Ammen. Ein smarter Gentleman wettet zweimal stündlich und macht hierin im Laufe des Tages horrend Umläge. Es wird nun auf zehn Dollar gewettet, ob die Uhr nach oder vor soviel und soviel ist, und der Jüngere gewinnt. Da betritt den Saal eine überaus elegante und hübsche junge Dame. Mit leichtem Blick streift sie die Gentlemen und vertieft sich in ein illustriertes Sportblatt. Die beiden Herren zwinkern einander zu: die ist aber vertueft schön! Da sagt der jüngere: „Wetten?“ — „Yes!“ — sagt der andere — auf 100 Dollar! Aber was soll es denn sein?“ — „No!“ — sagt der jüngere — auf 200 Dollar!“ Nach 30 Minuten ist diese Dame in mich verliebt und nach 59 Minuten ist sie meine offizielle Braut!“ — „Good by! 200 Dollar!“ Und entläßt von diesem originellen Unternehmen verläßt der ältere Mister schleunigst den Saal. — Nach 29 Minuten kehrt er zurück . . . und greift in die Tasche, um die Wette zu bezahlen: der junge smarte Gentleman kommt ihm mit der jungen Miß entgegen und stellt sie ihm als seine Braut vor. In den nächsten 29 Minuten lassen Braut und Bräutigam verschiedene Telegramme an Eltern, Großeltern und Tanten über das glückliche Ereignis ab, besteuern dann ein Auto, in das ihnen die Hotelkellner in aller Eile ihre Koffer gebracht, und dampfen ab — in ein anderes Palasthotel, wo sie zum 2ten Male denselben Trick wieder durchführen . . .

Allerlei Wissenswertes.

Die besten Reineclauden. Die Feinschmecker stellen mit Recht die echten Reineclauden über die Pflaumen. Etwas Feineres von Pflaumen als die große grüne Reineclaude läßt sich kaum denken. Diese Sorte hat auch ihre Vorzüge für die Wirtschaft; sie zerkocht sich nicht beim Eintochen und löst gut vom Stein. Daher wird sie auch in Massen von Konservfabriken gesucht und hoch bezahlt. Wo sie gut gedeiht, dürfte ihr Anbau sicherlich sehr gewinnbringend sein. Sie gedeiht aber nicht überall, verlangt warmen, kalkreichen Boden, über den die meisten Grundbesitzer nicht verfügen. Diesen ist ein Ersatz geboten in Ahorns Reineclauden, die zwar nicht ganz so edel, aber auch hochfein und viel sicherer im Ertrage ist. In der neuesten Nummer des praktischen Ratgebers im Obst- und Gartenbau ist dieser Sorte eine Beschreibung und eine farbige Abbildung gewidmet, das gleiche ist der Fall für Ahorns Reineclauden, eine braunrothfarbige Sorte, die unter geeigneten Verhältnissen recht dankbar aber in erster Linie eine Liebhaberfrucht ist. Wer Näheres zu erfahren wünscht, lasse sich diesen Aufsatz vom Geschäftsamt des praktischen Ratgebers in Frankfurt a. O. senden. Unsern Lesern wird er auf Wunsch kostenfrei zugesandt.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit“, Heft 28.
Der Wahlrechtskampf vor dem Reichstage. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin SW. 68. Preis 10. Enthält die wesentlichen Ausführungen der Reichstagsrede des Abgeordneten Otto Wels vom 12. Februar d. Js. Die Broschüre ist zur Massenverbreitung bei den bevorstehenden Landtagswahlen sehr geeignet. Für Organisationen steht eine Ausgabe ohne Umschlag zu ganz geringen Preisen zur Verfügung.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche erscheint 1 Heft zum Preise von 10 Pfg. Als Hauptroman gelangt gegenwärtig zum Abdruck der Roman „Aus Sturmeszeit“ von Anakajia Werbitskaja. Für „In Freien Stunden“ illustriert von den Jll. Schüch-Schur. Bestellungen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen, Kolporteurs und Postanstalten.

Technik des Stellmachers. Fachtechnische Aufsätze mit zahlreichen Abbildungen und Zeichnungen für die Stellmacherei, 28 S. 8°. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Berlin 1913. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G. m. b. H. Preis 3 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inverate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Verkauft lebender Bull
(Stieg 80 Pfg.)
am Freitag,
dem 11. April 1913
vormittags vor 8 Uhr ab
an der
Hirtentorbrücke.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.
Am Dienstag, dem 8. d. Mts. nach einer Sitzung der Dreier
Heinrich Plagmann
im Alter von 21 Jahren.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 2½ Uhr vom Bornwerfer Friedhof aus statt.
Die Kollegen versammeln sich zur Teilnahme an der Beerdigung um 2¼ Uhr beim „Weissen Hirsch“.
Die Ortsverwaltung.

Feinste frische Bauern-Butter
pro Pfund nur 1.20 M., vorzüglich ausfallend, empfiehlt
Th. Storm Nachf.
Fernsprecher 473. (2999) Königstraße 98.

Gesucht a. J. Juli eine Hypothek von 1000 Mk. Angebote unter H W an die Exped. d. Bl. (2983 Gutes Werkzeug billig zu Verkauf. Schildstraße 5. 2997)

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
hierfür
Die Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 46.

Gesucht zum 1. Mai (2986)
ein ordentlich. Mädchen
Lindenberg,
Sternplatzeser Allee 22.
Ein möbl. Zimmer zu verm.
(2985) Friedemannstraße 42.
Zwei-Zimmer-Wohnungen
vor dem Postamt zu vermieten.
Näheres Schwanenweg 30.

Neu erschien
in billiger Volks-Ausgabe:
Die Kommune
Roman von Paul und Viktor
Marguerite.
Herausgegeben von U. Friede. Mit
Einleitung von Fern. Wendel.
Preis: früher broschiert Mk. 5.—
jetzt nur Mk. 1.—; gebunden früher
Mk. 7.—, jetzt nur Mk. 1.50.
Der große Feldentwurf der Pariser
Kommune, den August Bebel
1871 im Reichstag einberufen, ist
der kommenden proletarischen Revo-
lution namentlich einleitend in diesem
Buch. Es ist ein Buch, das mit-
teilt, was aus der Geschichte der
letzten Pariser Kommune, der geschichtlichen Szene
mit spannender Handlung erzählt,
lesen und lesen!

Frisiergehilfe
W. Wendler, Hauptstraße 3.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli 1910
bezügl. Feilhalten von Nah-
rungs- und Genussmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.